

# **West Papua**

## ***Rundbrief Nr. 33***



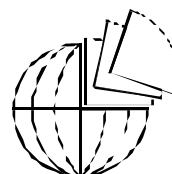
Wuppertal, Dezember 2004



Dieser Rundbrief kann bestellt werden bei:

West-Papua-Koordinationsstelle  
c/o Vereinte Evangelische Mission  
Postfach 201963  
42219 Wuppertal

Rudolfstraße 137, 42285 Wuppertal  
Telefon 0202 / 89004-170  
Fax 0202 / 89004-179  
E-mail [west-papua-netz@vemission.org](mailto:west-papua-netz@vemission.org)  
[www.west-papua-netz.de](http://www.west-papua-netz.de)



Vereinte Evangelische Mission  
United Evangelical Mission  
Mission Évangélique Unie

## **Inhaltsverzeichnis**

Mitteilungen aus der Koordinationsstelle . . . . .	2
Nachrichten – zusammengestellt von Esther Hoffmann . . . . .	3
Indonesien: Neuer Präsident – Große Versprechen . . . . .	8
Angst in Aceh und Papua . . . . .	9
Die Pazifische Solidarität mit West Papua . . . . .	10
Kleine Schritte mit großer Wirkung: „Salzkorn 2004“ . . . . .	13
Erdbeben in der Paradiesvogelbucht . . . . .	14
Terror und Tote in Mulia, Puncak Jaya . . . . .	15
Fachgespräch zu West-Papua im Berliner Reichstag . . . . .	17
Gespräch mit indonesischen Diplomaten bei der EKD . . . . .	24
Frontalangriff auf Aktivisten in Indonesien . . . . .	25
Der verbotene Feiertag der Papua . . . . .	26
Urteil des Verfassungsgerichtes zur Teilung Papuas . . . . .	29
Erklärung der VEM Vollversammlung zu West Papua . . . . .	33
Gemeinsamer Aufruf der Freikirchen West-Papuas . . . . .	34
Motor der Demokratie: Indonesiens Medien . . . . .	36
Vorankündigung Jahrestagung . . . . .	40

## **Liste der E-Informationsbriefe**

E-Info Nr. 152 vom 6.10.2004	Indonesien: Neuer Präsident – Große Versprechen .	8
E-Info Nr. 153 vom 11.10.2004	Erdbeben in der Paradiesvogelbucht . . . . .	14
E-Info Nr. 154 vom 29.10.2004	Angst in Aceh und Papua . . . . .	9
E-Info Nr. 155 vom 16.11.2004	Terror und Tote in Mulia Puncak Jaya . . . . .	15
E-Info Nr. 156 vom 3.12.2004	Frontalangriff auf Aktivisten in Indonesien . . . . .	25
E-Info Nr. 157 vom 7.12.2004	Der verbotene Feiertag der Papua . . . . .	26

## **Mitteilungen aus der Koordinationsstelle**

Neben vielfältigen Nachrichten und Berichten hat Beiratsmitglied Julia Ratzmann einen Artikel zur pazifischen Solidarität mit West-Papua geschrieben. Wie die Karte auf Seite 10 schon zeigt, ist das eine Perspektive, die für uns in Europa ungewohnt ist. Für die indigenen Menschen in West-Papua, die dem melanesischen Kulturkreis angehören, bedeutet die Solidarität der Inselstaaten der Südsee allerdings sehr viel.

Am 11. November, als Vertreter des West-Papua-Netzwerkes und anderer Nichtregierungsorganisationen sich mit Mitgliedern des Bundestages und einem Vertreter des Auswärtigen Amtes trafen, fiel das Urteil des indonesischen Verfassungsgerichtes zur Teilung West-Papuas in mehrere Provinzen und Regierungsbezirke. Die Juristin Dr. Petra Stockmann von Watch Indonesia!, die an dem Fachgespräch teilgenommen hatte, schrieb in Rekordzeit einen gediegenen Aufsatz über das Urteil in englischer Sprache, der auch allen Papua-Freunden und Freundinnen zugeschickt wurde. In diesem Heft finden sie nun die deutsche Übersetzung.

Für Leser, die einen aktuellen Überblick über die Gesamtlage in West-Papua haben wollen, sei empfohlen, zuerst den Vortrag von Dr. Siegfried Zöllner zu lesen, den er während des Fachgespräches im Reichstag gehalten hatte (siehe S. 17-23).

Zum Bild auf der Titelseite: Papua verteidigen die Morgensternflagge vor indonesischen Sicherheitskräften am 1. Dezember 2004 (Foto: © Cendrawasih Post, 2.12.2004)

Allen Lesern des Rundbriefes wünsche ich frohe Weihnachten und einen guten Rutsch ins neue Jahr! Möge es für die Menschen West-Papuas ein Jahr des Friedens sein.

Wuppertal, den 9. Dezember 2004  
Uwe Hummel

## Nachrichten – zusammengestellt von Esther Hoffmann

**Wahlen** (siehe auch E-Info Nr. 152 in diesem Heft)

Die Repräsentanten der führenden Religionen Indonesiens forderten im September, zwei Wochen vor Stichwahl, bei einem Treffen mit Armeechef Endrianto das Militär auf, sich nicht in die Wahlen einzumischen. An dem Treffen nahmen Vertreter der protestantischen und katholischen Kirchen, der beiden bedeutendsten muslimischen Vereinigungen, der Konfuzianisten, der Buddhisten und der Hindus teil. Bei den vorabgegangenen Präsidentschaftswahlen waren hunderte Studenten der *Zaytum Islamic boarding school* von Armeefahrzeugen in West Java auf eine Wahlstation gefahren worden, um ihre Stimmen für Wiranto abzugeben. Endrianto sicherte zu, dass es nicht zu weiteren Einmischungen kommen würde (AsiaNews, 18.09.04).

Die Mission der Wahlbeobachter der EU lobte die friedlich verlaufenen Wahlen in Indonesien. Die Wahl sei weitgehend übereinstimmend mit internationalen Standards verlaufen. Die Unparteilichkeit des Personals auf den Wahlstationen sei auf hohem Niveau überprüft worden. Die kurze Wahlkampfzeit von 3 Tagen sei allerdings hinderlich für die notwendige Information der Wähler gewesen. Auch habe es Einschüchterungsversuche gegen Plantagenarbeiter, Mitglieder von Familien des Militärs und von Beschäftigten staatseigener Firmen gegeben. Das Gesetz zum Schutz gegen solche Beeinflussungen sei zu schwach. In Papua sei die Bewegungsfreiheit des EU-Teams eingeschränkt worden, da es gesonderte Erlaubnisse von Wahlkommission, Regierungsvertretern sowie Vertretern von Freeport gebraucht habe, um die Wahlen im Operationsgebiet von Freeport zu beobachten (Jakarta Post, 23.09.04).

### Erste Schritte nach der Wahl

Im November wurden die Unruheprovinzen Papua und Aceh für ausländische Journalisten zu "No - Go - Areas" gemacht. An der Entscheidung war ein Komitee aus 15 Institutionen, darunter dem Sicherheitsministerium, dem Außenministerium wie auch Polizei, Militär und Geheimdienst beteiligt. Begründet wurde dies mit Sicherheitsgründen. Die Journalisten können wie bisher Zugang zu den Regionen beantragen, zwei westlichen Journalisten wurde der Antrag aber bereits abgelehnt (Sydney Morning Herald, 11.11.04).

Präsident Susilo ordnete Anfang November seinem Kabinett die sofortige Einrichtung des lange in Aussicht gestellten Papuan People's Council (MRP) an. Der Rat sollte eigentlich im Zuge der Sonderautonomie entstehen. Susilo betonte jedoch, der MRP sei lediglich eine kulturelle Repräsentation. Er sei kein politischer "superbody", sondern solle religiöse und kulturelle Führer vereinen, welche die Wünsche des Volkes zum Ausdruck bringen sollten. Ursprünglich hatte der MRP für viele Bereiche eine Art Vetorecht gehabt (Jakarta Post, 05.11.04)

Der neue Präsident bat im November den ehemaligen Gouverneur von Papua, Freddy Numberi, um Unterstützung bei der Lösung der Probleme in Papua. Numberi ist im neuen Kabinett Minister für Fischerei und Marine und soll mit dem Sicherheitsminister Widodo bei Fragen in Papua zusammenarbeiten. Numberi sieht dafür das Gesetz zur Sonderautonomie als einen Grundstein an (Tempo Interactive, 05.11.04).

Das Verfassungsgericht verwarf im November das Gesetz zur Aufteilung der Provinz Papua in neue Provinzen. Allerdings soll die neu gebildete Provinz West Irian Jaya, die bereits gebildet wurde, auch bestehen bleiben. Sie sei übereinstimmend mit der Verfassung durch Wahlen in das Provinzparlament gebildet worden (Laksamana.net, 12.11.04).

### Ausland

Das *East Timor Action Network* gab im September bekannt, dass der US-Senat das Verbot des Militärtrainingsprogramms mit Indonesien sowie der Lieferung von Militärausstattung

weiter aufrecht erhalten will. Voraussetzungen für eine Aufhebung sind eine vollständige Untersuchung des Anschlages, bei dem im August 2002 zwei US-Amerikaner und ein indonesischer Staatsbürger um Leben kamen bzw. die Aufklärung der schweren Verbrechen in Ost-Timor 5 Jahre zuvor sowie Transparenz des Militärbudgets (ETAN, 24.09.04).

Die neue Regierung hofft auf eine Aufhebung der Blockaden der US-Indonesischen militärischen Zusammenarbeit. Verteidigungsminister Juwono Sudarsono besucht dazu die USA um bei der Regierung dafür zu werben. Das derzeitige Verbot wird mit fehlender Aufklärung der Gräueltaten in Osttimor 1999 sowie des Überfalls auf Freeport-Mitarbeiter im August 2002 begründet (BBC, 10.11.04).

Verteidigungsminister Juwono Sudarsono wehrt sich gegen die Bedingungen, welche die USA Indonesien für eine militärische Zusammenarbeit stellt. Zu den Bedingungen gehören die Übernahme der Verantwortung für die Fälle Osttimor und Timika und Transparenz im Militärhaushalt. Die beiden ersten Bedingungen könnten nicht erfüllt werden, da es Angelegenheit der indonesischen Gerichte sei. Präsident Bush habe zudem den Timika - Fall für geschlossen erklärt (BBC, 23.11.04).

Indonesien und die USA haben unabhängig von den gesperrten Programmen der militärischen Zusammenarbeit eine stärkere Zusammenarbeit im Kampf gegen den Terror vereinbart. Dazu soll ein besserer Informationsaustausch sowie die Stärkung der Anti-Terror - Einheiten dienen. Die Vereinbarung wurde von Militärfeldmarschall Endriartono Sutarto bekannt gegeben. Sie sei Ende September mit US Asien/Pazifik-Kommandeur Fargo geschlossen worden (Jakarta Post, Oktober 2004).

Die indonesische Regierung hat in Aussicht gestellt, die Visumsprozeduren für Besuche nach Aceh und in andere Teile Indonesiens zu prüfen. Die Region, in der ein ziviler Ausnahmezustand herrscht, ist zurzeit nur schwer zu besuchen. Die EU - Kommission hatte Indonesien vor wenigen Wochen dazu aufgerufen, den freien Zugang zu Aceh und ebenso zu Papua zu gewährleisten (Jakarta Post, 29.10.04).

Die neue Regierung hofft auf verbesserte Beziehungen mit den USA. Mit der Bekämpfung von Terrorismus und Korruption und der Förderung der Demokratie soll das Land wieder attraktiv für US-amerikanische Investitionen gemacht werden. Dies könne aber nur langfristig erfolgreich sein (Laksamana.net, 05.11.04).

### **Militär/Sicherheitskräfte**

In letzter Minute wurde vom alten Repräsentantenhaus ein umstrittenes Gesetz über die Stellung des Militärs (TNI) verabschiedet. Nach dem Gesetz könnte die starke Rolle des Militärs in der zivilen Politik und de facto insbesondere die Territorialstruktur in "Konfliktgebieten" aufrecht erhalten bleiben, mit der das Militär parallel zu jeder zivilen Verwaltungsebene bis hinunter ins Dorf eine eigene Verwaltung betreibt. Weiterhin soll die Kompetenz zum Einsatz von Soldaten beim Präsidenten verbleiben, in Notfällen auch erst einmal ohne Zustimmung des Parlamentes. Neuerungen: Die Regierung muss in den nächsten 5 Jahren Unternehmen des Militärs übernehmen. Zudem darf Militärpersonal nicht direkt an politischen Aktivitäten teilnehmen. TNI - Soldaten dürfen jedoch zivile Ämter aufnehmen, für die "militärische Fertigkeiten" nötig sind und haben große selbständige Entscheidungskompetenzen beim Kampf gegen den Terror und in Notsituationen (Jakarta Post, 29.09.04, 01.10.04).

Susilo kündigte als designierter Präsident an, das TNI-Gesetz sei weiter verbesserungswürdig. Es sei zu prüfen, ob es mit der Verfassung vereinbar sei (Jakarta Post, 01.10.04).

Die *Serious Crime Unit* in Osttimor, die die schweren Verbrechen von 1999 ermittelt, untersucht nun die Kommandoverantwortung von Made Mangku Pastika, früherer Polizeichef von Papua, an einer Reihe von Angriffen auf Zivilisten sowie auf einen UN - Polizeibeamten in der Stadt Liquiza. Pastika befahl damals Kommandos der Polizeisondereinheit Brimob. (The Australian, 25.11.04).

Im November wurde in Jakarta eine Waffenmesse veranstaltet. Unter den ausländischen Ausstellern befand sich auch die Firma Siemens. Menschenrechtsgruppen kritisieren die Messe, die vor dem Hintergrund vieler ungelöster Menschenrechtsfälle und der fortdauernden Dominanz des Militärs stattfindet. (AFP, 24.11.04). Weitere Beteiligte aus Deutschland sind nach der Menschenrechtsorganisation tapol: Atlas Elektronik, Foerster, FORCE WARE, Howaldtswerke-Deutsche Werft (HDW), Nordseewerke und Vallon (E.H.).

## **Menschenrechte**

Die indonesische Menschenrechtsorganisation Komnas HAM entschloss sich im September für die Aufstellung zweier Untersuchungsteams zur Aufklärung von Fällen von Verschwindenlassen von Personen während der Neuen Ordnung unter Suharto. Untersucht werden soll das "Verschwinden" von Personen, die beschuldigt wurden, Mitglieder der verbotenen Kommunistischen Partei Indonesiens zu sein sowie die so genannten "mysteriösen Erschießungen" von Kriminellen zwischen 1983 und 1985. Die Ergebnisse können vor Gericht gebracht werden. Geplant ist auch eine Untersuchung über die Geschehnisse in Aceh, in den 90er Jahren, als die Provinz zur Militärischen Operationszone (DOM) erklärt war, die Militäroperationen in Papua zwischen 1971 und 2001 und andere jüngere Menschenrechtsfälle (Jakarta Post., 25.09.04).

Der Außenminister Hollands, Bot, hat als Vorsitzender einer geplanten EU-Kommission darauf gedrängt, Aceh und Papua besuchen zu können. Der indonesische Außenminister Hassan Wirajuda reagiert mit Verständnis (Tempo Interactive, 28.10.04).

Die indonesische Menschenrechtsorganisation Elsam (nicht zu verwechseln mit Elsham-Papua, eine davon organisatorisch unabhängige Organisation), fordert Anfang November das Büro des Generalstaatsanwaltes auf, Klagen über Menschenrechtsverletzungen, die über die Nationale Menschenrechtskommission Komnas HAM ermittelt wurden, Vorzug zu geben. Damit könnte ein öffentliches Vertrauen in die ad-hoc-Tribunale wiederhergestellt werden, das durch die Behandlung zweier Menschenrechtsfälle, darunter die Verbrechen in Osttimor von 1999, gestört wurden. Die Verfahren hatten zahlreiche Mängel wie fehlenden Zeugenschutz aufgewiesen (04.11.04, The Jakarta Post.com).

In der letzten Ausgabe berichteten wir kurz von dem Tod des indonesischen Menschenrechtsaktivisten Munir. Er war auf dem Flug nach Amsterdam im Flugzeug gestorben. Mitte November wurde bekannt, dass er nicht etwa Opfer einer Krankheit geworden ist sondern dass größere Mengen Arsen in seinem Körper gefunden wurden (The Independent (UK), 13.11.04).

Nachdem sich herausgestellt hat, dass Munir einem Mordanschlag zum Opfer gefallen war, rufen indonesische Menschenrechtsorganisationen die Regierung Indonesien dazu auf, die UN - Deklaration über den Schutz von Menschenrechtsverteidigern von 1998 zu unterzeichnen. Damit erkennen Regierungen das Recht von Nichtregierungsorganisationen an, ihrer Arbeit frei und ungehindert nachgehen zu können. Das erklärte das Solidarity Forum for Indonesian Human Rights Defenders (Forum Solidaritas Pembela HAM Indonesia, FSPHI) auf einer Pressekonferenz am 1. Dezember (Detik.com, 01.12.04).

## **Sicherheit und Gewalt** (siehe auch E-Info Nr. 155 in diesem Heft)

Bei einem Angriff von Rebellen auf einem Konvoi wurden Mitte Oktober 5 Zivilisten getötet gaben am 14.10. Polizeisprecher bekannt. Fünf weitere Personen konnten entkommen. Der Konvoi habe Nahrungsmittel und Baumaterial transportiert und wurde in Puncak Jaya von ca. 50 bewaffneten Männern angegriffen. Die Separatisten hätten danach eine Brücke und so den Ort des Geschehens blockiert. Daraufhin setzen Verhandlungen von Regierungsseite mit den Rebellen ein. Die Spannungen blieben hoch. Zwei Personen wurden am 19.10. wegen des Verdachts auf Beteiligung an dem Überfall verhaftet. Das Dorf sei mittlerweile wieder unter Kontrolle der Polizei, gab ein Sprecher bekannt. (Reuters, 14.10.04, (Jakarta Post, 17.10.04, 18.10.04)

Die Körper der 5 Todesopfer konnten zunächst nicht gefunden werden. Trikora Kommandeur Nurdin Zainal erklärte, da nur wenige der Rebellen bewaffnet gewesen seien, würden auch nicht zusätzliche Soldaten in der Gegend stationiert. Am 23.10. erschossen Polizei und Militär bei einem Zusammenstoß einen Mann bei Tinggi Nambut. Bei dem Toten sei ein Gewehr gefunden worden. Die Polizei erklärte, sie gehe davon aus, dass es sich bei dem Anführer der angreifenden Gruppe um Goliath Tambuni handelt (Jakarta Post, 20.10.04, 23.10.04, 26.10.04).

Präsident Susilo ordnete Sicherheitsminister Widodo in der laufenden Aktion in Puncak Jaya an, es dürfe keine zivilen Opfer geben. Die Aktion solle angemessen und bedacht durchgeführt werden. Dennoch starben nach umfangreichen Durchsuchungsaktionen des Militärs mindestens drei Personen. Bis zu 20 000 sollen vor möglichen Zusammenstößen zwischen Militär und OPM in den Wald geflohen sein (Tempo Interactive, 05.11.04, Asia Pacific/Radio Australia, 08.11.04).

Am 13. November wurde ein Regierungskonvoi in Mulia von einer Gruppe von Rebellen angegriffen. Ein Polizist wurde von den mit Äxten und Schwertern bewaffneten Männern getötet. (China Post, 13.11.04). Nachdem die Situation eskalierte, wurde von Nichtregierungsorganisationen die militärische Sondereinheit Kopassus für die Morde verantwortlich gemacht. Organisationen und Kirchen drängten die indonesische Menschenrechtskommission Komnas HAM auf eine Untersuchung. Gewalttätige Übergriffe sollen schon seit dem 17. August stattfinden. Im September wurde ein Priester in der Umgebung getötet, am 17. August soll ein Armeehubschrauber Dörfer aus der Luft beschossen haben. John Rumbiak von der Menschenrechtsorganisation Elsham-Papua vermutet, dass bei dem Überfall am 12. November Papuas von der Sondereinheit Kopassus "benutzt" wurden, um einen Polizisten zu töten (Jakarta Post, 22.11.04, The Age (Melbourne), 23.11.04).

## **Wirtschaft und Entwicklung**

Bei den Korruptionsuntersuchungen, die verstärkt von der neuen Regierung in Angriff genommen werden sollen, zeigt sich nun offen, dass viele Chefs von Lokalverwaltungen anfällig für Korruption sind. Einer der Angeklagten ist Ansel Petru Youw, Regent im Bezirk Nabire (01.11.04, The Jakarta Post.com). Die Polizei untersucht die Verwicklung von höheren Polizeibeamten in den illegalen Holzschlag in Papua. Grundlage bilden die Geständnisse eines niedrigrangigen Polizisten. Polizeichef Suyitno Landung erklärte, es würde nach weiteren Beweisen gesucht. (Jakarta Post, 23.11.04). Die Polizei setzte im November ein Schiff fest, das illegales Holz mit sich führte. Das Schiff fuhr unter Malaysischer Flagge und war von einem malaysischen Holzbaron gechartert worden, um Holz an zwei Unternehmen zu liefern. (The Jakarta Post.com, 20.11.04).

## **Tangguh**

Das offenbar in Kalifornien ansässige Unternehmen Sempra Energy LNG unterzeichnete im Oktober eine Vereinbarung zur Zusammenarbeit mit dem Tangguh - Projekt von BP in Papua. Sempra soll 20 Jahre lang Vorrang erhalten bei der Lieferung von Erdgas in Kalifornien. Abnehmer des Gases sind vor allem japanische Unternehmen. Das Gas soll verflüssigt und in Tankern nach Kalifornien verbraucht werden. Die ersten Lieferungen sollen 2008 eintreffen (Union-Tribune – San Diego, 13.10.04).

## **Freeport**

Der umstrittene Bergbaukonzern Freeport fürchtet keine Nachteile durch die neue Regierung. Man habe Umweltprogramme umgesetzt versichert die Finanzverantwortliche des Unternehmens Kathleen Quirk und benutze kein Quecksilber oder Zyanid. (Dow Jones, 27.09.04). Freeport brauche weiterhin den Schutz des Militärs erklärte Trikora-Kommandeur



Zainal Anfang Oktober. TNI werde nicht erlauben, dass die Sicherheit von Freeport durch Separatisten gestört werde. Zwar sei nach Präsidenten-Erlass Nr. 63 die Polizei für Sicherheitsfragen zuständig, aber man sehe die Gefahr für Freeport als sehr hoch an (Jayapura, Timika Pos, 07.10.04).

### **Erdbeben** (siehe auch E-Info Nr. 153 in diesem Heft)

Am 26. November gab es in Nabire ein Erdbeben mit Stärke 6,4 auf der Richter-Skala mit zahlreichen Nachbeben. Menschen schlugen Zelte außerhalb ihrer Häuser auf. Zahlreiche Infrastruktureinrichtungen wurden beschädigt, dazu musste der Flugplatz geschlossen werden. Die Medien berichteten von 17 Toten und mindestens 130 Verletzten. (Reuters, 26.11.04, AFP, 26.11.04)

Bei einem der Nachbeben kam ein weitere Mann ums Leben. Mit anderen tot aufgefundenen Opfern stieg die Zahl der Toten bis zum 2. Dezember damit auf 30. Da das Gebiet schwer zugänglich ist, steigt die Gefahr von Folgen durch verschmutztes Wasser und fehlender Nahrungsmittelversorgung (AP, 2.12.04).

Im Dezember besuchten schließlich fünf Minister das vom Erdbeben zerstörte Gebiet (The Jakarta Post.com, 03.12.04).

### **Flüchtlinge**

In Papua Neu Guinea (PNG) sollen rund 200 Flüchtlinge von ihrem derzeitigen Lager beim Dorf Vanimo nahe der Grenze in ein anderes Lager in Ost Awin gebracht werden. Die Flüchtlinge waren vor 4 Jahren nach PNG gekommen. Sie können 6 Monate in Ost Awin bleiben und danach ein ständiges Bleiberecht in PNG beantragen. (ABC, 27.09.2004)

### **Soziales System**

Vor dem Ende der Legislaturperiode wurde eine Gesetz zu sozialen Sicherheit verabschiedet, das den Ärmsten in Indonesien eine Grundsicherung garantieren solle. So soll ein freier Gesundheitsdienst eingerichtet werden und eine grundlegende Lebens- und Altersversicherung der Armen durch den Staat eingerichtet werden. Das bisherige Sozialsystem soll mit dem Gesetz erneuert werden. (Jakarta Post, Ende September).

### **1. Dezember** (siehe auch E-Info Nr. 157 in diesem Heft)

Der Gouverneur von Papua, Jaap Salossa, hat Feierlichkeiten zum "inoffiziellen Unabhängigkeitstag" am 1. Dezember verboten. Dies ist Teil eines Appells des Gouverneurs, des Militärkommandeur Nurdin Zainal und des Polizeichefs Dody Sumantyan. Weiter appellieren sie an die Bevölkerung, ihren normalen Tätigkeiten nachzugehen und Planungen für entsprechende Aktivitäten den Sicherheitskräften zu melden (Kompas Cyber Media, 26.11.04). Am ersten Dezember kam es in Jayapura dennoch zu Zusammenstößen von Unabhängigkeitsbefürwortern, die ihre Morgensternflagge gehisst hatten und der Polizei. Durch Warnschüsse wurden fünf Personen verletzt, 18 Menschen wurden verhaftet. Auch ein Mitarbeiter der Menschenrechtsorganisation Esham-Papua, der als Beobachter anwesend war, wurde geschlagen (Radio Australia, 2.12.04, Daily Telegraph, 1.12.04)

## Indonesien: Neuer Präsident – Große Versprechen

(E-Info-Brief vom 6. Oktober 2004)

Am 5. Oktober 2004 gab die Nationale Wahlkommission (KPU) offiziell bekannt, dass General a. D. Susilo Bambang Yudhoyono und dessen Vize Jusuf Kalla die Präsidentschaftswahlen mit 60,68% gewonnen haben. Bereits im ersten Wahlgang am 5. Juli 2004 hatten sie die meisten Stimmen auf sich vereinigen, allerdings keine absolute Mehrheit erreichen können. Bei der Stichwahl am 20. September siegten sie dann aber deutlich über das Duo Megawati Soekarnoputri – Hasyim Muzadi, das nur 39,38% der Stimmen bekam.

An der besagten Stichwahl hatten sich etwa 116 Millionen Indonesier beteiligt. 35 Millionen Wahlberechtigte sind nicht zur Wahl gegangen. Von den tatsächlich abgegebenen Wahlzetteln sollen 2,4 Millionen ungültig sein. Wegen angeblicher Unregelmäßigkeiten hat die amtierende Präsidentin Megawati Soekarnoputri ihre Wahlniederlage noch nicht eingestanden und will die Stichwahl vor dem Verfassungsgericht anfechten. Dazu hat sie drei Tage Zeit. Auch Susilo Bambang Yudhoyono hat seine Siegesrede, die er für den 7. Oktober geplant hatte, bis zur Entscheidung des Verfassungsgerichtes vertagt.

Falls alles seinen geordneten Gang geht, wird der fünfundfünfzigjährige Susilo Bambang Yudhoyono am 20. Oktober 2004 zum ersten direkt vom Volk gewählten Präsidenten Indonesiens vereidigt. Er hat damit formal große Machtbefugnisse. Allerdings wird der Präsident es schwer haben in den fünf Jahren seiner Amtszeit seine Wahlversprechen einzulösen, da seine Demokratische Partei nicht einmal zehn Prozent im Parlament hat. Die beiden großen Parteien Golkar und PDI-P hatten mit einigen kleinen Parteien im August eine Nationale Koalition gegründet mit dem Ziel Yudhoyonos Sieg zu verhindern. Auch nach seinem Wahlerfolg besteht diese Koalition offensichtlich weiter. Da er drei große Reformen versprochen hat, nämlich die Wirtschaft zu beleben, die Korruption einzudämmen und Arbeitsplätze zu schaffen, ist es möglich, dass Mehrheiten in den Parlamenten diese Reformen blockieren werden.

Auch in West-Papua hat „SBY“, wie Yudhoyono oft genannt wird, gesiegt. Megawati konnte nur in einem Landkreis, dem *Kabupaten Jayawijaya*, eine Mehrheit bekommen. In der Provinz Papua bekam SBY gut doppelt so viele Stimmen wie Megawati und auch in der umstrittenen Provinz „Irian Jaya Barat“ bekam er etwa 60%. Viele Papua haben SBY bei seinem Wort genommen: Er versprach nämlich die Sonderautonomie für West-Papua zu implementieren, die Teilung der Provinz zu überprüfen und friedliche Lösungen für die Probleme des Landes zu finden. Das hat die Papua trotz des militärischen Backgrounds und der zuweilen bedenklichen islamischen Akzente in der Wahlwerbung von SBY dazu bewegt, ihm ihre Stimmen zu geben. Hoffentlich trägt der neue Präsident dazu bei, das Papua ein Land des Friedens wird. (uh)

## Angst in Aceh und Papua

E-Info Brief Nr. 154 vom 29. Oktober 2004

„Unsere Geschwister in Aceh und Papua leben noch in Angst“. Das sagte Susilo Bambang Yudhoyono in seiner Antrittsrede, die er am 20. Oktober kurz nach seiner Vereidigung im Volksrepräsentantenhaus (MPR) vom Präsidentenpalast aus an das Volk richtete. „Unsere Tage des Redens und der Versprechen sind jetzt vorbei, es ist Zeit für richtige Taten und Werke“, sagte der im Volksmund genannte „SBY“ und wies auf die Ankurbelung der Wirtschaft, die Bekämpfung der Armut und Arbeitslosigkeit, die Eindämmung des Terrorismus und die Bekämpfung der Korruption („ein systemisches Problem“) als größte Herausforderungen seiner für fünf Jahre gewählten Regierung. Das Anti-Korruptionsprogramm erklärte er sogar zur Chefsache.

„Meine Administration wird ihr Augenmerk besonders auf die Handhabung der Konflikte in Aceh und Papua richten“ und „ich werde Präsident aller Menschen Indonesiens sein“ versprach der moderate Muslim und ehemalige Viersternegeneral Suhartos und bekannte sich zu einem „demokratischen, offenen, modernen, pluralistischen und toleranten“ Indonesien.

Wenige Tage später, am Sonntag den 24. Oktober, fand eine Strategieberatung beim neuen Koordinationsminister für die Bereiche Politik, Recht und Sicherheit, dem Admiral a. D. Widodo, in Jakarta statt. An dieser Besprechung nahmen mehrere hohe Minister und Generäle, sowie der Generalstaatsanwalt Abdul Rahman Saleh teil. Schon bald war man sich einig, dass die Prioritäten der nächsten Zeit neben der Terrorismusbekämpfung vor allem die Konfliktlösung in Aceh und West-Papua sein werden.

Kritische Reaktionen auf die Resultate der Strategieberatung vom Seiten prominenter Menschenrechtler folgten prompt: Leo Imbiri, Generalsekretär des West-Papua Adat-Rates, mahnte zum aufrichtigen Dialog mit der Papuabevölkerung. Erst Dialog, dann Regierungsprogramme seien geboten und nicht wie bisher umgekehrt. Zentralistischer Druck sei genauso inakzeptabel wie die ständige Verhinderung der Wahl des Papua-Volksrat (MRP), der im Autonomiegesetz vorgesehen ist.

Der Juradozent der Cenderawasi-Universität in West-Papua, Yoram Wambrauw, warnte davor, dass die angekündigte Überprüfung (*review*) des Gesetzes zur Sonderautonomie in West-Papua (UU Otsus 21 / 2001) keinen Sinn mache. Das Gesetz sollte nicht geändert, sondern eins zu eins umgesetzt werden. Das Gesetz sei vom Papuavolk legitimiert.

Auch der Menschenrechtler George Aditjondro fordert von der neuen Regierung eine zügige Implementierung der Sonderautonomie und Rückgängigmachung der dem Autonomiegesetz widersprechenden Teilung West-Papua in drei Provinzen (durch den Präsidentenerlass 1/2003). Präsident Yudhoyono, oft „SBY“ genannt, dürfe den Fehler seiner Vorgängerin Megawati Sukarnoputri, alle Konflikte mit Militärgewalt lösen zu wollen, nicht wiederholen. Gerade in Aceh und West-Papua habe sich gezeigt, dass dies nur zu einer Eskalation führt.

Aus West-Papua sind bereits Stimmen zu hören, die daran zweifeln, dass „SBY“ seine Versprechen einlösen wird. Es ist zu hoffen, dass die Akzentsetzung auf Bekämpfung des Terrorismus nicht dazu führt, dass jegliche kritische Haltung der Bevölkerung wieder mit militärischer Gewalt beantwortet wird (uh)

## Die pazifische Solidarität mit West Papua

Von Julia Ratzmann

Der Pazifische Ozean (kurz: Pazifik) nimmt mit seinen 178,8 Millionen Quadratkilometern nahezu ein Drittel der Erdoberfläche ein. Der „Stille Ozean“ (*mare pacificum*) ist das größte Weltmeer. Wegen der immensen Ausdehnung des Ozeans zwischen Asien und Australien im Westen, dem antarktischen Festland im Süden und Amerika im Osten prägte der tonganische Schriftsteller Epeli Hau'ofa bereits in den 80er-Jahren den Begriff „flüssiger Kontinent“ (liquid continent).

Von den 7.500 Inseln (ohne die Republik Indonesien) des pazifischen Raumes (geographisch „Ozeanien“, im Volksmund „Südsee“) sind nur 500 bewohnt. In den 26 Staaten leben etwas mehr als sieben Millionen Menschen, davon allein 5,3 Millionen in dem seit 1975 unabhängigen Staat Papua-Neuguinea im Ostteil der Insel Neuguinea. Den unabhängigen Staaten (Australien, Cook-Inseln, Fidschi, Kiribati, Nauru, Neuseeland, Niue, Marshall-Inseln, Papua-Neuguinea, Samoa, Salomonen, Vanuatu, Tonga und Tuvalu) stehen die französischen Überseeterritorien Wallis und Futuna, Neukaledonien (Kanaky) und Französisch-Polynesien gegenüber. Die Inseln Guam, Hawai'i, die Nördlichen Marianen und Amerikanisch-Samoa gehören politisch zu den Vereinigten Staaten von Amerika. Tokelau ist eine neuseeländische Kolonie, Pitcairn gehört zu Großbritannien, die Osterinsel (Rapa Nui) zum südamerikanischen Chile und die Norfolk-Insel zu Australien. Der westliche Teil der Insel Neuguinea ist als Provinz Papua (früher: Irian Jaya, auch West Papua) Bestandteil der Republik von Indonesien.



Die pazifischen Nachbarstaaten von Papua (© Pazifik-Informationsstelle)

Sechszehn der sechsundzwanzig Staaten haben sich 1971 zum „Pacific Islands Forum“ zusammengeschlossen. Nur unabhängige und sich selbst regierende Staaten dürfen diesem Zusammenschluss beitreten, abhängige Staaten können Beobachterstatus bei den jährlichen Treffen einnehmen. Im Rahmen der Treffen, an denen die jeweiligen Staats- und Regierungschefs teilnehmen, werden aktuelle politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklungen der Region besprochen. Hier besteht auch die Möglichkeit einzelner Staaten, Stellung für oder gegen politische Entwicklungen zu beziehen. Am sogenannten „Post Forum Dialog“ sind auch Staaten beteiligt, die ein Interesse an den Entwicklungen in

Ozeanien haben, wie z.B. die Europäische Union oder die pazifischen Anrainerstaaten Indonesien, Japan, Malaysia und die Philippinen.

Das Pacific Islands Forum veröffentlicht nach jedem Treffen ein (über Internet weltweit zugängliches) öffentliches Kommuniqué, das nicht nur Beschlüsse der Forumsländer, sondern auch Empfehlungen und Meinungen enthält. (im Internet: <http://www.forumsec.org.fj>) So beinhaltet das Kommuniqué des 34. Treffens im neuseeländischen Auckland aus dem Jahr 2003 einen besonderen Passus über die politische Haltung der Forumsländer gegenüber West Papua. In dem Bericht unterstützen die Forumsländer ausdrücklich das „Gesetz zur speziellen Autonomie“ von Papua, weil sie darin einen Weg aus der Krise der indonesischen Unruheprovinz sehen. Die Forumsländer mahnen gar Indonesien an, das Gesetz zur Autonomie schnellstmöglich zu implementieren. Die Staats- und Regierungschef geben in dem Kommuniqué auch ihrer Sorge um die Menschenrechtssituation in Papua Ausdruck. Sie bitten die indonesische Regierung um die Wahrung der Menschenrechte, die friedliche Lösung des Konfliktes und die strafrechtliche Verfolgung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Die Forumsländer enthalten sich einer Meinung für oder gegen eine eventuelle Unabhängigkeit von Papua oder dem Recht auf Selbstbestimmtheit des politischen Status. Sie lehnen es ab, sich in die inneren Angelegenheiten ihrer pazifischen Nachbarstaaten „einzumischen“ und sprechen deshalb nur Empfehlungen aus. Dessen ungeachtet haben jedoch drei Mitgliedsländer des Pacific Islands Forum in den letzten vier Jahren öffentlich ihre Solidarität mit der Unabhängigkeitsbewegung in Papua geäußert. Es handelt sich um die Republik Vanuatu, die Insel Nauru und die Inselrepublik Tuvalu.

## **Vanuatu**

Die seit 1980 unabhängige Republik Vanuatu (früher: Neue Hebriden) engagiert sich auf verschiedenen Ebenen für West Papua:

Seitens der Zivilgesellschaft setzt sich die „Vanuatu Free West Papua Association“ (VFWPA, im Internet unter <http://vanuatu.papuapost.com>) für eine „Unabhängige Konföderation papuanischer Stämme“ ein. Die VFWPA begründet ihr Eintreten für ein freies Papua mit der Herkunft aller Melanesier (Melanesien = Schwarzinselwelt, bezieht sich auf die Insel Neuguinea, Bougainville, die Salomonen, Vanuatu, Neukaledonien und Fidschi) aus dem westlichen Teil der Insel Neuguinea. Das Recht der Papuas auf Unabhängigkeit begründet die VFWPA also mit der „Wiege der melanesischen Kultur“ in Papua. Alle anderen melanesischen Völker seien aus den Papuas hervorgegangen, so dass es nur rechtens sei, den beiden bislang abhängigen Ländern West Papua und Neukaledonien ebenfalls die Unabhängigkeit zuzugestehen. Das Motto der zahlenmäßig kleinen Lobbyorganisation heißt dann auch „Free West Papua to free Melanesia from colonialism“.

Seitens der Regierung setzt sich offiziell - und mit Unterstützung des Kabinetts - Außenminister Barak Sope für die Unabhängigkeit Papuas ein. Bereits seit vier Jahren ersucht Sope die Afrika-Karibik-Pazifik (AKP-) Staaten um Unterstützung bei dem Versuch, den „Fall West Papua“ vor die Vereinten Nationen zu bringen. Erst im September diesen Jahres hielt Sope eine leidenschaftliche Rede in der Generalversammlung der Vereinten Nationen (UN) in New York. Darin bat er die UN, West Papua auf die Tagesordnung zu setzen. Sope kritisierte dabei stark die Vorgehensweise der UN beim sogenannten „Act of free choice“ 1969 und ermahnte die versammelten Staats- und Regierungschefs, das Recht der Papua auf ihre politische Selbstbestimmtheit durchzusetzen. Die UN habe die Pflicht, die Missstände beim „Act of free choice“ aufzuklären. Barak Sope forderte in seiner kühnen Rede die „review“ der UN-Entscheidung über den Verbleib Papuas als Provinz von Indonesien und riet zur Installation einer „Special Commission of Inquiry“. Weiterhin forderte er die UN auf, Papua erneut auf die Liste des Dekolonisierungskomitees der Vereinten Nationen (Komitee 24) zu setzen.

Dank Sopes starkem persönlichen Engagement für die Sache der Papua war es der Republik Vanuatu bereits mehrfach gelungen, Papua auf die Tagesordnung des Pacific Islands Forum zu setzen. Der Passus zu Papua im Kommuniqué von 2003 geht also auf das Engagement von Vanuatu zurück. Sope hatte sich bereits Ende der 70er-Jahre für die

Unabhängigkeit Vanuatus (1980) engagiert. In seinem heutigen Bestreben um ein freies und unabhängiges Papua wird er vom jetzigen Premierminister Serge Vohor unterstützt.

Vanuatu war das erste pazifische Land, das Anfang 2003 sein offizielles, von der Regierung abgesegnetes, O.K. zur Errichtung eines „West Papuan People's Representative Office“ in der Hauptstadt Port Vila gab. Die Regierung Vanuatus stellte dazu Räumlichkeiten zur Verfügung. Das Büro gilt als offizielle Vertretung Papuas in Vanuatu. Neben seiner Lobbyarbeit und der Bündelung von Informationen zu internationalen Solidaritätskampagnen für die Unabhängigkeit sammelt das Büro auch Spenden zur Unterstützung der Unabhängigkeitsbewegung. Leiter des Büros ist Dr. John Otto Ondawame, ein ehemaliger OPM-Aktivist und offizieller Sprecher der OPM im Ausland. Der gebürtige Amungme Ondawame ist schwedischer Staatsbürger. Er promovierte in Philosophie und absolvierte zudem eine Fortbildung als Friedens- und Konfliktforscher. Als offizieller Sprecher der OPM und als Geschäftsführer des Büros in Vanuatu steht Ondawame auch in engem Kontakt zu Rex Rumakiek, dem Sprecher für West Papua vor den Vereinten Nationen.

### **Nauru**

Im Jahr 2000 hat sich Nauru erstmals zur Lage von West Papua geäußert. Die seit 1968 unabhängige, nur 21 Quadratkilometer große, Insel nordöstlich von Neuguinea ist weltweit die kleinste unabhängige Republik. Die rund 12.000 Bewohner werden von Staatschef Ludwig Scotty regiert, eine politische Parteienlandschaft gibt es nicht. Das Einkammerparlament hat 18 Sitze. Nach Jahren des wirtschaftlichen Reichtums durch die Ausbeutung von Phosphatminen steht Nauru heute kurz vor dem Bankrott und kann sich nur noch mit Hilfe australischer Entwicklungshilfegelder über Wasser halten. Die Republik hat keine politische oder wirtschaftliche Bedeutung für die „global players“ und so erstaunt es nicht, dass sich Ex-Präsident René Harris für die Unabhängigkeit West Papuas aussprechen konnte. Pragmatische Gründe für die Unterstützung von West Papua gibt es nicht, da Nauru sogar über 11 % aller Waren aus Indonesien importiert und so in gewisser Weise abhängig vom Wohlwollen der Regierung ist. Den Grund für die Unterstützung muss man wohl eher auf moralischer Ebene ansiedeln im Sinne einer Unterstützung eines Kleinstinselsstaates wie Nauru für einen anderen kleinen „Staat“, der sich um die Loslösung vom „großen Bruder“ Indonesien bemüht.

### **Tuvalu**

Die neun Korallenatolle Tuvalus im Herzen des Pazifiks und ihre knapp 12.000 Einwohner haben sich vor drei Jahren zu West Papua geäußert und sich mit der Unabhängigkeitsbewegung solidarisch erklärt. Tuvalu engagierte sich ebenfalls im Pacific Islands Forum für die Sache der Papua, bis das seit 1978 unabhängige Land, das eine konstitutionelle Monarchie unter der britischen Königin Elisabeth ist, andere politische Prioritäten setzte. Tuvalu trat mit seiner Unterstützung West Papuas nicht mehr in die Öffentlichkeit, sondern machte vielmehr durch die Bedrohung durch den Klimawandel auf sich aufmerksam. Die niedrig gelegenen Atollinseln sind in besonderem Maße vom Anstieg des Meeresspiegels betroffen. Der bis August 2004 amtierende, durch ein Misstrauensvotum abgesetzte Premierminister Saufatu Sopoanga bemühte sich auf internationaler Ebene vor allem um die Ratifizierung des Kyoto-Protokolls durch pazifische Anrainerstaaten und die Großverursacher klimaschädlicher Gase wie Australien. Dabei geriet West Papua aus dem Blickpunkt der tuvalesischen Politik. Es bleibt abzuwarten, welche Haltung der im Oktober gewählte neue Premierminister Maatia Toafa gegenüber West Papua einnehmen wird.

Die Regierungen der anderen Pazifikstaaten haben sich jeglichen Kommentars über den zukünftigen Status von West Papua enthalten. Der australische Außenminister Alexander Downer sagte erst kürzlich in einem Interview, man unterstütze die Unteilbarkeit der indonesischen Republik. Alles, was in West Papua passiere, sei eine interne Angelegenheit Indonesiens.

Auf zivilgesellschaftlicher Ebene, sprich auf Seiten von Nichtregierungsorganisationen und christlichen Kirchen, ist jedoch eine breite Unterstützerfront für die Unabhängigkeit Papuas in

den Ländern Neuseeland, Australien und Papua-Neuguinea zu finden. Das „West Papuan People's Representative Office“ will zukünftig auf breiter Basis innerhalb des Pazifiks für die Unabhängigkeit Papuas werden. Dazu ist bereits eine Besuchs- und Informationskampagne in der Republik Fiji ins Leben gerufen worden. Mit den Worten von Dr. John Otto Ondawame: „In der Welt ist der Fall West Papua gut bekannt. Jetzt müssen wir dafür sorgen, dass das Unrecht auch im Pazifik bekannt wird.“

Julia Ratzmann, im Dezember 2004

Julia Ratzmann leitet seit 2000 die Pazifik-Informationsstelle ([www.Pazifik-Infostelle.org](http://www.Pazifik-Infostelle.org)) im mittelfränkischen Neuendettelsau. Sie ist Mitglied im Beirat des West Papua-Netzwerkes.

### **Kleine Schritte mit großer Wirkung <sup>1</sup>**

Westfälische Kirche vergab „Salzkorn 2004“ / Fünf Initiativen mit Förderpreis ausgezeichnet

Bielefeld. Für Präses Alfred Buß leisten sie ein gesellschaftlich „unverzichtbares Engagement“. Pfarrer Klaus Breyer vom Institut für Kirche und Gesellschaft nennt sie „Impulsgeber und Orientierungspunkte“. Und für die Paderborner Superintendentin Anke Schröder sind sie „Mahnung und Ermutigung zugleich“, weil sie vor Augen führten, was Mut und Kreativität ausrichten können: die Preisträger des „Salzkorns 2004“. Der mit insgesamt 5.000 Euro dotierte Förderpreis für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung wurde am Samstag (27.11.) in der evangelischen Georgskirche in Amelunxen an fünf ehrenamtliche Initiativen verliehen. Bereits seit 1994 vergibt die Leitung der Evangelischen Kirche von Westfalen (EKvW) alljährlich diese Auszeichnung.

#### **Hattingen-Witten**

Die Internationalen Jugendworkcamps im Rahmen der Partnerschaftsarbeit des Kirchenkreises Hattingen-Witten mit dem Kirchenkreis Sarmi (Indonesien) wurden in der Kategorie „Eine-/Dritte-Welt-Arbeit / wirtschaftliche Gerechtigkeit“ ausgezeichnet. Bei den alle zwei Jahre abwechselnd in West-Papua und Deutschland stattfindenden Treffen haben Jugendliche die Chance zum kulturübergreifenden Kennenlernen – durch das gemeinsame Arbeiten an praktischen Projekten. Zum Beispiel dem Bau eines Papua-Hauses aus Bambusrohren in Witten oder der Inszenierung eines „Petrus“-Musicals im Kirchenkreis Sarmi. Schwerpunkt der Partnerschaft ist auch der Einsatz für die Menschenrechte der Papuas. Mit Erfolg, wie ein Zitat von Hermann Saud, dem Präses der indonesischen Partnerkirche beweist: „Ihr seid für uns in West-Papua eine Art Lebensversicherung. Das Militär kann nicht einfach Menschen umbringen, ohne dass es weltweit bekannt wird.“

#### **Begründung für die Preisvergabe**

Internationale Workcamps im Rahmen der Partnerschaftsarbeit des Kirchenkreises Hattingen-Witten mit dem Kirchenkreis Sarmi, Indonesien

Die Partnerschaft zwischen den Kirchenkreisen Hattingen-Witten und Sarmi in Indonesien besteht seit 1989. Anders als bei anderen Partnerschaften ist der Schwerpunkt hier der Jugendaustausch. Eine erste Jugendbegegnung hat 1994 stattgefunden, 1998 haben junge

---

<sup>1</sup> Nachricht aus *PresseInfo* vom 28. November 2004, Pressestelle des Landeskirchenamtes der Evangelischen Kirche von Westfalen. Die anderen vier Preisträger sind: Der *Internationale Frauentreff in Olsberg*, geehrt im Bereich „Menschen- und Bürgerrechtsarbeit“, der Dortmunder Verein BODO in der Kategorie „Innengesellschaftliche soziale Fragen / Chancengleichheit von Männern und Frauen“, der *Arbeitskreis für Toleranz und Zivilcourage* in Bad Berleburg für seine in der Bandbreite herausragende „Friedens- und Versöhnungsarbeit“ und das *ökumenische Projekt Lebensgarten* in Amelunxen im Bereich „Ökologie, Schöpfungsbewahrung, Lebensstil“.

Erwachsene aus dem Kirchenkreis Hattingen-Witten eine erste Partnerschaftsreise nach Indonesien unternommen. Im Mittelpunkt dieser Reise hat nicht der Besuch von verschiedenen Projekten gestanden, vielmehr haben die Jugendlichen aus Deutschland und Indonesien gemeinsam ein Musical über Petrus erarbeitet, das im zweiten Teil des Besuches in der Region aufgeführt wurde.

Als weiteren Aspekt dieser Reise sind die Menschenrechtsverletzungen der indonesischen Regierung zum Anlass für eigene Studien und Recherchen genommen worden. Zwei größere Dokumentationen in der Frankfurter Rundschau zu diesem Thema sind aufgrund der Arbeit der Initiative entstanden.

Im Jahre 2000 haben indonesische Partner einen Gegenbesuch in Witten gemacht. Dabei ist in traditioneller indonesischer Bauart ein „Papua-Haus“ entstanden, mit eigens hierfür beschafften Bambusrohren. Dieses Haus dient nicht nur der Partnerschaftsarbeit, sondern vielen Gruppen im Kirchenkreis als Ort der Begegnung. Der Bambus symbolisiert in diesem Zusammenhang auch, dass das einzelne Rohr / der einzelne Mensch allein unscheinbar ist, zusammen mit anderen jedoch Schutz bieten kann.

Ein weiterer Aspekt der Arbeit ist umw eltpolitischer Natur. Gemeinsam mit den Partnern in Indonesien versucht man gegen die fortschreitende Ausbeutung und Zerstörung der Umwelt vorzugehen.

Schließlich soll noch erwähnt sein, dass mit regelmäßigen Förderbeiträgen aus Hattingen-Witten Stipendien für Schüler in der Region Sarmi bedient werden.

Die Jury ist sich einig, dass es sich um ein Partnerschaftsprojekt handelt, welches insbesondere junge Leute mit den Gedanken der Gemeinschaft in der Einen Welt vertraut gemacht und sie ggf. auch an ihren neuen Studien- und Wohnorten als Multiplikatoren dieser Idee einbindet.

Pfarrer Dietrich Weinbrenner,

## **Erdbeben in der Paradiesvogelbucht**

E-Info Nr. 153 vom 11. Oktober 2004

Am Donnerstag, den 7. Oktober 2004 um 7 Uhr 31 Ortszeit, erschütterte ein Erdbeben der Stärke 5,4 auf der Richterskala die Region der Paradiesvogelbucht, West-Papua. Dem ersten Erdstoss folgte ein zweiter von 4,9 auf der Richterskala. Das Zentrum des Bebens befand sich etwa 120 Kilometer südöstlich der Stadt Manokwari in 30 Meter Meerestiefe unweit der Insel Rumberpon auf der Grenze zwischen den Landkreisen Manokwari und Wondama-Bucht (2,02° südliche Breite und 134° österliche Länge).

Die relativ große Stärke der Erdbeben löste in der Stadt Manokwari kurzzeitig Panik aus. Die Menschen rannten aus den Wohnhäusern und Büros auf die Straßen. In Manokwari gab es keine Verletzungen oder größere Zerstörungen und auch von der Insel Rumberpon gibt es keine derartigen Meldungen.

In dem Gebiet der Paradiesvogelbucht gibt es häufig kleinere Erdbeben, da sich hier die tektonischen Erdplatten von Australien, Pazifik und Eurasien, sowie die Philippinische Platte laufend gegeneinander verschieben. Im vergangenen Februar hatte hier ein gewaltiges Erdbeben der Stärke 6,9 viele Todesopfer und Schwerverletzte gefordert und die Kreisstadt Nabire teilweise zerstört. (uh)



## Terror und Tote in Mulia, Puncak Jaya<sup>2</sup>

(E-Info Nr. 155 vom 16. November 2004)

In Mulia, dem Hauptort des Regierungsbezirkes Puncak Jaya im Hochland von West-Papua, spitzt sich die Lage immer mehr zu. Die indonesischen Streitkräfte haben wohl mindestens einen brutalen Mord, mutwillige Zerstörungen von Häusern, Feldern und Vieh, sowie die Vertreibung der indigenen Bevölkerung aus mehreren Dörfern zu verantworten. Heute wurden 15 Todesopfer unter den vielen Papua-Zivilisten gemeldet, welche wegen der Militäraktionen in die Berge und Wälder geflüchtet sind. Es herrschen Hunger, Krankheiten, Angst und Verzweiflung.

Die Katastrophe in Mulia, Puncak Jaya, bahnte sich zwar bereits vor dem Amtsantritt des neugewählten Präsidenten Indonesiens, General a. D. Susilo Bambang Yudhoyono, an, aber seine Regierung scheint die Lage entgegen eigenen Angaben nicht unter Kontrolle zu haben. Der Präsident hat Anweisungen gegeben, die Militäroperation in Mulia Puncak Jaya mit möglichst wenigen Schäden für die Zivilbevölkerung weiterzuführen. Dazu ist es offenbar bereits zu spät.

Das Regionalparlament in Jayapura hat eine Untersuchungskommission gebildet; die eine siebenköpfige Delegation in das Krisengebiet entsandt hat. Ein Bericht dieser Delegation liegt noch nicht vor.

### *Hintergründe*

Im August 2004 kam der wegen Zugehörigkeit zur Befreiungsorganisation OPM vom Militär verdächtigte Goliat Tabuni von Ilaga in sein Heimatdorf Guragi in Puncak Jaya. Er wollte die Gräber seiner Ahnen besuchen und gegen den Kahlschlag des Schonwaldes seines Clans zwecks Anlegung eines Flugplatzes protestieren. Der Bupati von Puncak Jaya schickte zwei Gesandte zu Goliat Tabuni, um sein Anliegen zu hören. Bei dem Treffen versicherte Tabuni, dass er in friedlicher Absicht gekommen sei. Die Gesandten kehrten zurück und der Bupati war offensichtlich mit dem Bericht zufrieden. Inzwischen hatte aber auch die Militärsondereinheit *Satgas Kopassus* in Mulia von der Anwesenheit Goliat Tabunis gehört und schickte am 17. August, dem indonesischen Nationalfeiertag, eine Truppe nach Guragi. Auf dem Weg wurde diese Kopassus-Truppe von einer Bande angegriffen, wobei ein Soldat leicht verletzt wurde. Die Angreifer sind nicht bekannt, sollen aber nach Angabe eines Menschenrechtlers, der die Region kurz darauf besucht hatte, keine Gefolgsleute Goliat Tabunis gewesen sein. Die Militäraktion wurde vorübergehend abgebrochen.

Knapp einen Monat später, am 14. September 2004, machte sich erneut eine Kopassus-Einheit auf den Weg nach Guragi mit dem Ziel Goliat Tabuni zu verhaften. Dieser hatte aber das Dorf bereits verlassen. Als Ersatz mussten zwei Verwandte Goliat Tabunis, der Pfarrer Elisa Tabuni und dessen Sohn, hinhalten. Sie wurden gefesselt abgeführt und unterwegs befragt. Die Tatsache, dass die Tabunis die Westindonesier nicht richtig verstanden, oder verstehen wollten, erregte die Wut der Soldaten, die daraufhin den gefesselten Pfarrer erschossen. Dem Sohn, der die Hinrichtung mit ansehen musste, gelang die Flucht. Später lieferte der Militärkommandant in Jayapura eine andere Version: Pfarrer Elisa Tabuni sei bei einem Schusswechsel der Soldaten mit Rebellen ums Leben gekommen.

Am 12. Oktober 2004 wurden sechs Zivilisten, die keine indigenen Papuas waren, auf der Transitstrasse zwischen Wamena und Puncak Jaya von unbekanntem Tätern ermordet. Von offizieller Seite wurde die Schuld Goliat Tabuni in die Schuhe geschoben. Die Bevölkerung hält das aber nicht für möglich. Führende Papua-Menschenrechtler behaupten, dass die Morde an den sechs Zivilisten vom Militär intrigiert worden seien, das dafür eventuell eine Papua-Bande instrumentalisiert habe. Die Bevölkerung weist auf zwei Banden hin, deren

---

<sup>2</sup> Harian Suara Pembaruan, 5 November; Harian Cenderawasih Pos, 6., 12., 13. November 2004; Berichte von Socratez Yoman und Phil Erari; Tempointeraktif, 30. Oktober 2004; Elsham News Service vom 3. bis 16. November 2004.

Führer sich zwar zum TPN/OPM Widerstand bekennen, die aber nicht verfolgt werden und möglicherweise sogar gute Kontakte zu den indonesischen Streitkräften unterhalten.

Das Militär verfolgt scheinbar folgende Ziele:

1. Die erweiterte Militarisierung des mittleren Hochlandes durch mindestens ein extra Bataillon. Dies würde dem Wahlversprechen Yudhoyonos widersprechen, die Probleme West-Papuas nicht wie seine Vorgängerin mit militärischer Gewalt zu lösen.
2. Die totale Kontrolle der Transitstrasse von Wamena nach Puncak Jaya. Dabei geht es nicht primär um Sicherheit, sondern um Wirtschaftsinteressen.
3. Die Ersetzung des zivilen Bupati von Puncak Jaya durch einen Militär.
4. Benutzung der Sonderautonomiegelder für militärische Zwecke. Es muss ausdrücklich darauf hingewiesen werden, dass Militär- und Polizeirazzien aus Geldern für die Sonderautonomie bezahlt werden.
5. Das sich ausbreitende Chaos in Mulia, Puncak Jaya, könnte den zivilen Notstand erforderlich machen, was die Position des Militärs in dieser Region stärken würde.

Als Reaktion auf die Ermordung der sechs Zivilisten auf der Transitstrasse wurde eine aus Militär und Polizei zusammengestellte Truppe mit Hubschraubern in das Gebiet geflogen. Es soll sich mindestens um 700 Soldaten der *Kopassus*-Sondertruppen, des Heeres, der regulären Polizei, sowie der Kampfpolizei *Brimob* gehandelt haben.

Am 16. Oktober 2004 verhaftete *Kopassus* den Superintendenten der Klassis Yamo, Pfarrer Yason Kogoya. Er wurde drei Stunden lang in einem geschlossenen Raum verhört und bedroht.

Am 17. Oktober 2004 wurden Boden- und Luftangriffe vom Militär auf Dörfer in Puncak Jaya verübt. Die Bevölkerung von 27 Orten flüchtete. Es sollen sich mindestens 5000 Menschen in den Bergen und Wäldern versteckt halten. Die Streitkräfte zerstörten Gärten und Vorräte und töteten die Schwere.

Am 28. und 29. Oktober demonstrierten Tausende Anhänger der „Papua-Volksfront gegen den Militarismus“ und Studenten aus dem Hochland vor dem Hauptquartier des Gouverneurs in Jayapura gegen die gewaltsamen Aktionen der Streitkräfte in Mulia, Puncak Jaya. Da das Militär behauptet habe, es sei vom Bupati gebeten worden, die Gegend zu befrieden, forderten die Demonstranten den Abtritt des Bupatis. Allerdings müsse erst geprüft werden, ob die Auskunft richtig sei, da das Militär ein Interesse an der Absetzung des zivilen Bupatis von Puncak Jaya haben könnte.

#### *Gegenwärtige Lage*

Am 12. November wurden zwei Papua-Beamte und ihr ambonesischer Fahrer, welche Medizin und Nahrungsmittel in der Region verteilt hatten, auf dem Rückweg nach Mulia von einer unbekanntem Bande überfallen. Der Fahrer wurde getötet und die beiden Beamten schwer verletzt. Der Überfall ereignete sich unweit des schwerbewachten Militärpostens Bukit Jari Lima, den die Streitkräfte angeblich in schweren Kämpfen von der Widerstandsorganisation TPN/OPM erobert hatten. Da das Militär selbst angibt, dieses Gebiet voll unter Kontrolle zu haben, ist es schwer zu glauben, dass die Mörderbande zur OPM gehört. Es ist auch denkbar, dass durch diesen Mordanschlag ein Bürgerkrieg zwischen den Papua-Stämmen in Mulia Puncak Jaya ausgelöst werden sollte.

Inzwischen sind mindestens 15 Vertriebene Papuas, davon 13 Kinder, an den Folgen des Hungers und der Kälte in den Wäldern rundum Mulia umgekommen. Zwei weitere erwachsene Bürger werden vermisst. Tausende Flüchtlinge essen seit Wochen nur noch Waldfrüchte und Gräser. Elsham-Papua berichtet von schweren Magen- und Darmkrankheiten. Das Militär hat zwar die Gemüsegärten zerstört und das Vieh getötet, beschafft der hungernden Bevölkerung aber keine Vorräte. Die Hubschrauber werden genutzt um immer mehr Truppen in die Region zu befördern.

Sämtliche Behörden, soziale Dienste und Schulen in Mulia haben geschlossen. Die öffentlichen Kassen sind leer. Die Beamten bekommen keine Gehälter. Die Lage ist völlig chaotisch.

Die gesamte Aktion der Streitkräfte soll bereits mindestens 3 Milliarden Rupiah gekostet haben. Da auch mehrere Grundschulen, 3 Brücken, 2 Regierungsgebäude, mehrere Dienstwohnungen und Dienstfahrzeuge zerstört worden sind, wird der Gesamtschaden auf mindestens 19 Milliarden Rupiah geschätzt. Das Geld wird aus den Töpfen der Sonderautonomie genommen. Die Zivilverwaltung hat keine Macht, die finanziellen Forderungen des Militärs abzuschlagen.

Menschenrechtler aus West-Papua fordern einen sofortigen Stopp der Militäraktionen in Mulia, Puncak Jaya, und den Abzug der berüchtigten *Kopassus*-Sondertruppen, sowie der „nicht-organischen“ Einheiten des Heeres aus West-Papua. Die Nationale Menschenrechtskommission (KomnasHAM) sollte sofort ein *Fact Finding Team* nach Mulia, Puncak Jaya, entsenden.

Es ist selbstverständlich, dass die Bevölkerung konkrete Nothilfe braucht. Sie hat ein Recht auf Entschädigungszahlungen aus der Staatskasse. Wir hoffen, dass der neue Präsident seine Wahlversprechen halten kann, für die ihn die meisten Menschen in West-Papua gewählt haben. Die Papuas wollen ein „Land des Friedens“ und Susilo Bambang Yudhoyono hatte ihnen zugesagt, dies ohne Gewalt zu verwirklichen. An seinen Taten wird man ihn messen (uh)

### **Fachgespräch zu West Papua im Berliner Reichstag**

Am 11. November 2004 fand im Reichstagsgebäude in Berlin ein Fachgespräch zu West-Papua statt. Das Gespräch ging zurück auf eine Einladung von Frau Karin Kortmann MdB, die sie beim Netzwerktreffen im Januar 2004 in Ennepetal-Voerde ausgesprochen hatte. Leider waren außer dem Vertreter des Auswärtigen Amtes nur drei Mitglieder des Bundestags vertreten (Karin Kortmann, SPD, Detlef Dzembitzki, SPD, und Christa Reichard, CDU), obwohl das Gespräch lange und intensiv vorbereitet worden war. Seitens der Nichtregierungsorganisationen (West-Papua-Netzwerk, Watch Indonesia! und Diakonisches Werk) waren neun Personen anwesend, teilweise aus Wuppertal, Bochum und Stuttgart angereist. Vor allem wurde die Frage diskutiert, ob und in welcher Weise die Bundesregierung auf die indonesische Regierung Einfluss nehmen kann, um eine Verbesserung der Menschenrechtssituation in West-Papua und ein Ende der zunehmenden Militarisierung dort zu erreichen.

Ein anderer Gesprächspunkt war die Frage, wie das Thema West-Papua in den Menschenrechtsausschuss oder in den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit eingebracht werden könnte. Die Einladung, die Frau Kortmann im Januar ausgesprochen hatte, bezog sich auch auf die Ausschussarbeit des Bundestages. Die anwesenden Abgeordneten empfahlen uns, einen prominenten Gast aus West-Papua zu einem Ausschusstermin einzuladen. Er hätte dann Gelegenheit, im Ausschuss zu sprechen.

Dr. Siegfried Zöllner führte zu Beginn der Sitzung in die gegenwärtige Situation West-Papuas ein. Wir veröffentlichen im Folgenden das Papier, das seinen Ausführungen zugrunde lag.

### **Zur gegenwärtigen Situation in Papua**

Von Dr. Siegfried Zöllner

#### **Allgemeine Situation**

Die Situation in Papua ist immer noch davon bestimmt, dass ein Teil der Bevölkerung, die einheimischen Papua, diskriminiert und benachteiligt werden. Als Menschen mit dunkler

Haut und Kraushaar gelten sie als Menschen zweiter Klasse. Es herrscht eine Apartheid ohne Apartheidsgesetze. Papua werden benachteiligt bei der Vergabe von Jobs, werden als Separatisten (Staatsfeinde) abgestempelt, und sind bei Begegnung mit den Sicherheitskräften oft Gewalt und Folter ausgesetzt. Vor Gericht werden sie nicht gleich behandelt. Es gibt keine wirkliche Rechtsstaatlichkeit. Es mangelt an politischer Partizipation. Die natürlichen Ressourcen ihres Landes werden ausgebeutet, ohne dass die einheimische Bevölkerung wesentlich davon profitiert. Das Militär dominiert in allen Lebensbereichen.



Einige Teilnehmer an dem Fachgespräch: v.l.n.r. Siegfried Zöllner, Detlef Dzembitzki, Hartmut Poth und Karin Kortmann (Foto von Uwe Hummel)

## 1. Unabhängigkeitsforderungen

1.1. Wir sollten uns immer vergegenwärtigen, dass die Unabhängigkeitsforderungen der Papua eine Folge der unter 0 beschriebenen Situation ist, die nun schon seit 40 Jahren anhält. Daraus erwuchs verständlicherweise der Wunsch nach Unabhängigkeit nach dem Motto: „Enough is enough!“ Die Regierung in Jakarta meint, sie müsse in Papua die Integrität der Republik verteidigen. Wenn Jakarta die eigentlichen Ursachen der Unabhängigkeitsforderungen sehen, die eigenen Fehler anerkennen und konsequent eine veränderte Politik betreiben würde, ließen sich die Probleme lösen.

1.2. Die führenden Papua (Kirchenführer, Gouverneur, Parlamentspräsident, Hochschullehrer u.a.) sind sich darüber im klaren, dass eine Unabhängigkeit zur Zeit nicht denkbar ist. Sie wissen, dass weder Indonesien bereit wäre, diese zu akzeptieren, noch dass dafür eine nennenswerte internationale Unterstützung vorhanden wäre. Sie setzen daher auf eine konsequente Umsetzung des Gesetzes zur Sonderautonomie. Dies Gesetz ist in wichtigen Teilen noch nicht umgesetzt worden. (siehe unten)

1.3. Fachleute betonen immer wieder, dass Jakarta bewusst und absichtlich die „Gefahr einer Separation“ in Papua hochspielt, um die wirtschaftlichen Interessen einflussreicher Kreise, natürlich auch die des Militärs, abzusichern. Mit dem Argument „Gefahr einer Separation“ wird z.B. die Umsetzung des Sonderautonomiegesetzes seit drei Jahren von Jakarta blockiert.

## 2. Sonderautonomie (nach der Wahl von Präsident Susilo Bambang Yudhoyono - SBY)

Die liberalen Präsidenten Habibie und Wahid wollten die Probleme Papuas lösen, indem sie der Provinz Papua eine weitgehende Sonderautonomie gewährten. Das Gesetz wurde unter Präsident Wahid ausgearbeitet und kurz nach seinem erzwungenen Rücktritt - am 21. November 2001 von der Präsidentin Megawati unterschrieben und ist seit dem 1.1.2002 in Kraft (Gesetz Nr. 21 / 2001). Es wurde jedoch in wichtigen Teilen nie umgesetzt, im Gegenteil, bewusst unterlaufen.

Der Präsidentschaftskandidat SBY gab u.a. ein Wahlversprechen für Papua ab, dass er das Gesetz zur Sonderautonomie konsequent umsetzen würde. Dazu müsste er die Aufteilung in drei Provinzen rückgängig machen und den Volksrat (MPR) der Papua endlich einsetzen. Darüber hinaus sind drei Jahre nach in Kraft treten des Gesetzes weitere für die Papua sehr wichtige Artikel noch keineswegs umgesetzt.

2.1 Rücknahme der Aufteilung in drei Provinzen: de facto hat sich die Provinz West-Irian-Jaya bereits unter einem vorläufigen Gouverneur etabliert. Das höchste Verwaltungsgericht hatte die Einsetzung dieses Gouverneurs für ungültig erklärt – weil sie gegen das geltende Recht verstößt (Gesetz Nr. 21 /2001 § 76 regelt die Aufteilung). Trotzdem hat SBY den vorläufigen Gouverneur Atururi zu einem Treffen aller Gouverneure Indonesiens kurz nach seiner Vereidigung mit eingeladen. Damit hat er – zumindest vorläufig – Atururi als Gouverneur der Teilprovinz West-Irian-Jaya anerkannt. Menschenrechtler in Papua glauben nicht, dass SBY sein Wahlversprechen in dieser Hinsicht erfüllen wird.

2.2 Einsetzung des Volksrates (MPR – Gesetz Nr. 21 /2001 §§ 19 - 25): Der im Sonderautonomiegesetz vorgesehene Volksrat (MRP) ist für die Papua sehr wichtig, weil sie über dies Gremium die Möglichkeit haben, das Provinzparlament direkt zu kontrollieren und bei der Formulierung von Gesetzen und Verordnungen mitzuwirken. Die Regierung in Jakarta hat bisher die Einsetzung dieses Rates verhindert, weil sie separatistische Tendenzen befürchtet. Sie hat mehrfach davon gesprochen, dass die gesetzlichen Bestimmungen „angepasst“ werden müssten. Man will also die Kompetenzen dieses Gremiums noch mehr beschneiden. SBY hat sich bereits dahingehend geäußert (Pressemitteilung *Jakarta Post* 5. Nov. 04). Es wird wahrscheinlich einen Volksrat geben, der nur in kulturellen Fragen Mitspracherecht besitzt. Damit wäre dann das gegenüber den ersten Entwürfen ohnehin schon verwässerte Autonomiegesetz gravierend verändert und die Sonderautonomie bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt.

2.3 Weitere gesetzliche Regelungen: Das Gesetz sieht die Einrichtung eines Zweiges der Nationalen Kommission für Menschenrechte, eines Menschenrechtsgerichtshofes und einer Wahrheitskommission in Papua vor (§ 45). Drei Jahre nach in Kraft treten des Gesetzes ist man zur Zeit daran, in Papua eine Kommission für Menschenrechte einzurichten. (*Komda HAM = Kommission Daerah HAM*). Das ist im Grundsatz eine positive Entwicklung. Es bleibt die Frage, welche Kompetenzen diese *Komda* haben wird.

2.4 Menschenrechtsgerichtshof: Die Errichtung eines Menschenrechtsgerichtshofes in Papua ist bisher überhaupt noch nicht diskutiert worden. Der erste Prozess wegen Menschenrechtsverletzungen läuft seit Mai 2004 in Makassar, obwohl etwa 80 Zeugen aus Papua vor dem Gericht aussagen müssen. Die Bevölkerung hat immer wieder verlangt, dass der Prozess in Papua geführt werden sollte. Das Autonomiegesetz hätte eine gesetzliche Handhabe gegeben. Positiv ist allerdings, dass der Prozess nun überhaupt geführt wird, wahrscheinlich auf Grund des Drucks aus dem Ausland. (s.u.)

2.5 Wahrheits- und Versöhnungskommission: Diese Kommission ist im Gesetz (§ 46) vorgesehen, um die Geschichte der Integration Papuas in die Republik Indonesien aufzuarbeiten. Dabei geht es den Papua vor allem um die Durchführung des Referendums 1969 unter Aufsicht der UNO, des sog. *Act of Free Choice*. Damals wurde die Integration Papuas in die RI international abgesegnet. Neuere historische Forschungen haben erhärtet, dass bei der Durchführung des Referendums wesentliche damals vereinbarte Rechte der Bevölkerung missachtet wurden. Die Aufarbeitung dieser Problematik ist für die Papua sehr wichtig, wird aber bisher von Indonesien verhindert.



Gesprächsteilnehmer Dietrich Weinbrenner und Johannes Brandstätter (Foto von Uwe Hummel)

### 3. Menschenrechte

Die Verletzung der Menschenrechte durch Sicherheitskräfte ist immer noch an der Tagesordnung. Jüngstes Beispiel ist die Ermordung des Pfarrers Elisa Tabuni durch Militärs im Dorf Guragi im Hochland-Bezirk Puncak Jaya in der Nähe von Mulia am 14. September 2004. Der Fall hat einige typische Merkmale, die auch bei früheren Militäroperationen im Hochland beobachtet wurden:

3.1 Das Militär spielt die Gefahr einzelner Persönlichkeiten der *Organisation freies Papua* (OPM) hoch. Das geschieht natürlich zur Rechtfertigung der eigenen Existenz und zur Begründung der Einforderung von Finanzmitteln für Operationen, Ausbau von Militärposten etc.

3.2 Völlig überzogene und übertriebene Militäroperationen führen dazu, dass Hunderte von Zivilisten aus Angst ihre Dörfer verlassen und sich im Wald verstecken. Immer ist die Zivilbevölkerung mit betroffen.

3.3 Konflikte werden mit Vorliebe im Hochland provoziert, da diese Regionen schwer zugänglich sind und die Bevölkerung im Durchschnitt noch weniger gebildet ist. Nur wenige Orte haben Telefonverbindung, E-Mail-Kommunikation gibt es praktisch nicht. Fakten sind deshalb schwer nachzuprüfen.

3.4 Insbesondere die Menschen im Hochland werden verdächtigt, besonders hartnäckige Widerständler gegen die Regierung zu sein. Daher sind die Maßnahmen gegen Menschen aus dem Hochland besonders hart.

#### **Der Fall Elisa Tabuni:**

Eine der Personen, die unter Verdacht stehen, der OPM anzugehören, ist Goliat Tabuni. Er stammt aus dem Dorf Guragi, hielt sich aber jahrelang in einer anderen Gegend im Hochland Papuas auf. Anfang August 2004 kam er nach langer Zeit wieder in sein Dorf, um private Angelegenheiten zu regeln. Der Regierungspräsident (Bupati) wurde über seine Ankunft informiert, ließ ihn nach seinen Absichten befragen und unternahm weiter nichts, weil er

keine ungesetzlichen Absichten vermuten konnte. Am 17. August 2004 schickte die Armee einige Soldaten in das Dorf Guragi, um nach Goliat Tabuni zu suchen. Angeblich wurde einer der Soldaten angeschossen, doch das Militär unternahm zunächst nichts. Am 14. September 2004 wurde wieder eine Patrouille nach Guragi ausgesandt um Goliat Tabuni zu fangen oder zu töten. Die Patrouille traf ihn nicht an, verhaftete aber Pfarrer Elisa Tabuni und seinen Sohn. Man verlangte von ihnen, die Aufenthaltsort von Goliat Tabuni zu nennen, doch beide behaupteten, sie wüssten nicht, wo er sei. Beide wurden gefesselt. Der Sohn erzählte später, dass es ihm gelungen sei zu fliehen, sein Vater sei aber von den Militärs erschossen.

Am 12. Oktober wurden auf einer einsamen Straße einige leere Autowracks entdeckt, die Insassen waren verschwunden, man vermutet, getötet. Das Militär machte sofort Goliat Tabuni als Täter aus, obwohl es noch einige andere radikale OPM-nahe Gruppen in der Gegend gibt und keinerlei Beweise vorhanden waren. Am 15. Oktober begann das Militär mit einer „Strafaktion“, bei der die Bevölkerung von Guragi aus einem Hubschrauber beschossen und Bomben abgeworfen wurden. In der Folge haben Hunderte wenn nicht Tausende Menschen, Männer, Frauen und Kinder ihre Dörfer verlassen und im Wald oder bei entfernt lebenden Verwandten Zuflucht gesucht. Die Militärs stahlen im Verlauf der Operation auch Haustiere (Schweine) der Bevölkerung. Der Polizeipräsident Timbul Silaen verbot eine überregionale Kirchensynode, die von drei örtlichen Kirchen organisiert werden sollte. In Mulia sollen inzwischen etwa 800 Militärs eingeflogen sein (Quelle: Pfr. Socrates S. Yoman, Präsident der Baptistenkirche)



Gesprächsteilnehmer v.l.n.r Marianne Klute, Petra Stockmann (Watch Indonesia!), Hans-Günter Löffler (Auswärtiges Amt), Monika Schlicher und Alex Flor (Watch Indonesia!)  
Foto von Uwe Hummel

Inzwischen demonstrierten drei Tage lang Hunderte von Studenten in der Provinzhauptstadt Jayapura vor dem Gebäude des Provinzparlaments und forderten die Untersuchung des Mordes an Elisa Tabuni sowie den Abzug der Truppen aus der Gegend. Der militärische Oberbefehlshaber in Papua, Generalmajor Nurdin Zainal, sagte am 28. Oktober eine Untersuchung zu, lehnte aber den Abzug der Truppen ab und bestritt, dass es sich bei dem Getöteten um einen Pfarrer handelte.

Ähnliche Fälle von brutalem Eingreifen des Militärs gab es im April und Juni 2003 in Wamena, am 20. April 2004 in Maryedi / Manokwari und am 18. Mai 2004 in Koya / Jayapura. Der Verdacht liegt sehr nahe, dass die indonesischen Sicherheitskräfte ein elementares Interesse daran haben, Papua als eine Unruheprovinz erscheinen zu lassen. Es ist m.E. nicht zufällig, dass die Eskalation im Fall Elisa Tabuni kurz nach der Vereidigung des neuen Präsidenten S.B. Yudhoyono geschah.

#### **4. Militärisierung und wirtschaftliche Interessen des Militärs**

Anfang des Jahres 2003, als Präsidentin Megawati die Aufteilung Papuas in drei Provinzen anordnete, wurde von der Militärführung angekündigt, die in Papua vorhandenen regulären Truppen von drei auf sechs Bataillone zu verdoppeln. Auch die Aufteilung von Regierungsbezirken (jetzt 27 statt bisher 14) erfordert die Einrichtung neuer Militärposten. Aus NGO-Kreisen erfahren wir immer wieder, dass neue Truppen in Papua eintreffen, oft auch in Zivilkleidung. Es ist schwierig, genaue Zahlen zu erhalten. – Diese Entwicklung in Papua widerspricht eigentlich einem neuen Militärgesetz (34/2004 vom 16. Oktober 2004). Es wird als Reformgesetz bezeichnet. Es sieht die Reduzierung von sog. Territorialkommandos vor, also regionalen Stationierungen von Militärs. Fachleute sind jedoch der Meinung, dass es sich um eine Verlagerung von Militäreinheiten von Java auf die Außeninseln handelt. Generalmajor Nurdin Zainal sagte in einer Pressekonferenz am 5. Oktober 2004, dass das neue Gesetz für Papua keine Auswirkungen habe, da Papua eine potentielle Gefahrenregion sei. Auch die Sicherung der Grenze zu Papua-Neuguinea erfordere zusätzliche Truppen.

Da nur etwa 30 % des Militärbudgets Indonesiens vom Staat aufgebracht wird, muss das Militär in den Regionen präsent sein und dort die benötigten Gelder einspielen. In Papua kassiert das Militär Schutzgelder von der US-amerikanischen Freeport-Mine (ca. US \$ 5 Mill. jährlich). Es kassiert Gelder aus dem legalen und illegalen Holzeinschlag und aus organisierter Prostitution. Beobachter sind überzeugt, dass hinter den Bemühungen, die Sonderautonomie zum Scheitern zu bringen, auch die wirtschaftlichen Interessen der Militärs stehen. Das britische Unternehmen BP, das in der Bintunibucht Erdgas fördern wird, hat bisher durch ein *community based security system* erfolgreich verhindert, dass das Militär Sicherheitsaufgaben auf dem Gelände von BP übernommen hat. Doch das Militär steht bereit und wird sich mit allen Mitteln bemühen, an lukrative Schutzgelder zu kommen, wie die Freeport-Mine sie bereits zahlen muss. Das neue Gesetz sieht allerdings vor, dass solche Schutzaufgaben in Zukunft nicht mehr vom Militär ausgeübt werden können.

#### **5. Straflosigkeit (*Impunity*)**

Das größte Problem Indonesiens ist der mangelnde politische Wille, Recht und Gesetz durchzusetzen. Das gilt landesweit sowohl für das Problem der Korruption wie für das Problem von Willkür und Gewalt seitens der Behörden, insbesondere der Sicherheitskräfte. Ich nenne zwei Beispiele aus Papua:

5.1 Der „Abepura-Fall“ : Am 7. Dezember 2000 hatten Polizeikräfte vier Studentenheime in Abepura überfallen, die Studenten verprügelt und festgenommen, und z.T. Geld und Wertgegenstände gestohlen. Dabei wurde ein Student erschossen und zwei zu Tode gefoltert. Weitere Studenten wurden so schwer gefoltert, dass sie bleibende Schäden zurück behielten, einer von ihnen ist inzwischen an den Folgen der damaligen Folter gestorben. Die nationale Kommission für Menschenrechte hat den Fall sofort untersucht und dem Staatsanwalt übergeben. Erst seit dem 7. Mai 2004 läuft vor dem Menschenrechtsgerichtshof in Makassar ein Prozess, aber nur die beiden führenden Polizeioffiziere Brigadier-General Johny Wainal Usman und der frühere Polizeichef von Jayapura Daud Sihombing sind angeklagt. Laut Gesetz müssten sie zu mindestens zehn Jahren Gefängnis verurteilt werden. Ein Urteil ist noch nicht gesprochen.



5.2 Die „Gefangenen von Wamena“: Im März 2001 wurden fünf Mitglieder des illegalen Papuarates - unter ihnen zwei Pfarrer und zwei Lehrer - zu vier Jahren Gefängnis verurteilt. Der Papuarat, dem sie angehörten, hatte sich für die Unabhängigkeit Papuas ausgesprochen. Die Justizbehörde erlaubte die Umwandlung der Strafe in Hausarrest. Im November 2003 wurden die Verurteilten plötzlich verhaftet und müssen nun ihre Strafe absitzen. Nicht einmal der Hausarrest wird auf die Strafe angerechnet. Diese Maßnahme lässt sich nur erklären durch den Wandel des politischen Klimas unter Präsidentin Megawati. Einer der fünf Verurteilten ist inzwischen verstorben, die andern sitzen noch immer in Haft.

## 6. Pressefreiheit

Journalisten berichten, dass sie immer weniger Freiheit haben, über bestimmte Fakten auf Grund eigener Recherchen zu berichten. Es gibt auch in Papua immer weniger Zeitungen. Die beherrschende Tageszeitung ist die *Cendrawasih Pos*. Sie ist in Jayapura die einzige Zeitung. Sie stand schon immer dem Militär nahe und wird in den letzten Monaten immer stärker vom Militär gesteuert. „Sie schreibt das, wofür sie bezahlt wird, einiges Sensationelle - und indoktriniert deutlich im Sinne des Militärs. Die Redaktion hat sich längst einer Selbstzensur unterworfen...“ schreibt ein Menschenrechtler der katholischen Kirche, der in Jayapura lebt.

### Empfehlungen

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland möge gemeinsam mit den Regierungen der EU bei der indonesischen Regierung darauf hinwirken,

- dass die indonesische Regierung das Gesetz zur Sonderautonomie (21 / 2001) konsequent umsetzt. Es handelt sich schließlich um geltendes indonesisches Recht.
- dass die allgemeinen Menschenrechte – einschließlich des Rechts der freien Meinungsäußerung und der Pressefreiheit –, zu denen Indonesien sich bekannt und verpflichtet hat, eingehalten werden.

Die Bundesregierung möge gemeinsam mit den Regierungen der EU

- die Kräfte in Indonesien stärken, die sich für Rechtsstaatlichkeit einsetzen (z.B. die Nationale Kommission für Menschenrechte)
- aktiv die Bemühungen um einen Dialog zwischen der Bevölkerung Papuas und der Regierung in Jakarta im Sinne einer Konfliktprävention unterstützen. (Ende)

## Gespräch mit indonesischen Diplomaten bei der EKD

Am 25. November wurde der Koordinator des West-Papua-Netzwerkes zu einer Begegnung zwischen der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und einer Delegation des Außenministeriums der Republik Indonesiens und der Botschaft Indonesiens eingeladen. Das zweistündige Treffen fand in den Räumen der EKD am Gendarmenmarkt in Berlin statt. An dem Gespräch nahmen teil Oberkirchenrat Dr. Volker Faigle (Gastgeber und Gesprächsleiter), Oberkirchenrat Paul Oppenheim (Kirchenamt der EKD, Hannover), Frau Sri Hartanti Kustiningsih (Botschaftsrätin, Berlin), Herr Iwan Wijaya Mulyatno (Erster Sekretär der Botschaft), Herr Kria Fahmi Pasaribu (Direktor für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Abkommen im Außenministeriums der Republik Indonesien) und Herr Mangasi Sihombing (Generaldirektor für Information, Öffentliche Diplomatie und Internationale Verträge) und Uwe Hummel.

Gleich zu Beginn formulierte Herr Mangasi Sihombing den Zweck des Besuches:

- Die Delegation wolle über die neusten Entwicklungen nach der Wahl Präsident Susilo Bambang Yudhoyono berichten;
- Man wolle die deutschen Kirchen, von denen man annimmt, dass sie durch indonesische „Separatisten“ falsch informiert worden sein könnten, über die tatsächliche Lage in Krisengebieten Indonesiens aufklären.

Es folgte eine Schilderung der Demokratisierungsbemühungen Indonesiens, der Verfassungsreformen, der Position (und vor allem die persönlichen Qualitäten!) des neuen Präsidenten, des „Quasi-Senats“ (DPD) und der politischen Ausgleichfunktion der Pancasila (indonesische Staatsideologie). Sehr betont wurde, dass Indonesien den Separatismus und den Terrorismus bekämpfe. Die Indonesier versicherten, dass die Menschen Acehs und West-Papuas im Grunde genommen mit Indonesien zufrieden seien und die Gewalt in erster Linie von den „Separatisten“ ausginge. Merkwürdig war die Aussage, dass das Gesetz zur Sonderautonomie geändert werden sollte, da die Papua es von Anfang an kritisiert hätten. Der Einwand Hummels, dass der Grund dafür nicht etwa die Sonderautonomie an sich sei, sondern die Verwässerung des ursprünglich von den Papua erarbeiteten Konzeptes, überzeugte die Profidiplomaten anscheinend nicht.

Die Teilung der Provinz wurde als unumgänglich dargestellt. Das Urteil des Verfassungsgerichtes, dass die Spaltung zulässt, aber das Gesetz worauf sie sich gründet verwirft, wurde als Bestätigung der tatsächlichen Notwendigkeit der Teilung interpretiert. Papua-Führer rennten dem Außenministerium die Türe ein, weil sie noch mehr Provinzen in West-Papua für nötig hielten.

Hummel machte nachdrücklich auf die schlimme Lage in Mulia, Puncak Jaya, und den brutalen Mord an Pfarrer Elisa Tabuni durch Sicherheitskräfte aufmerksam. Kategorisch wurde behauptet, dass nicht etwa die indonesischen Sicherheitskräfte, sondern die „Separatisten“ für die Zerstörung der Dörfer verantwortlich gemacht werden müssten. Die „Separatisten“ wollten den Eindruck erwecken, dass das Militär gegen den neuen Präsidenten sei. Das Militär verrichte keine Menschenrechtsvergehen.

Bei solchen und ähnlichen kategorischen Aussagen war ein wechselseitiger Dialog schwierig. Dennoch blieb man trotz der gegensätzlichen Positionen *sopan* (höflich) und ging mit freundlichen Grüßen auseinander. Wegen seiner Dynamik und seinem Informationsgehalt wurde das Gespräch von den EKD-Vertretern und Hummel in einem Nachgespräch als sehr gelungen beurteilt. Übrigens haben beide EKD-Vertreter darum gebeten, zur Jahrestagung des West-Papua-Netzwerkes in Berlin eingeladen zu werden.(uh)

## Frontalangriff auf Aktivisten in Indonesien

E-Info Nr. 156 vom 3. Dezember 2004

Mitte November erhielt Filep Karma in Jayapura / West Papua ein Paket, das nach totem Fisch roch. Als er es öffnete, kam ein Hundekopf zum Vorschein. Obenauf lag ein Zettel mit den Worten: „Hüte dich, du und deine Familie, ihr seid in unserer Hand.“ Filep Karma meldete den Fall der Polizei. Einige Tage später, am 29.11.2004 schellte bei ihm abends um 23.00 Uhr das Telefon. Ob er noch einmal zur Polizeizentrale kommen könne. Man hätte noch einige Fragen. Er fuhr noch mitten in der Nacht los. In der Polizeistation wurde er gebeten, in einem Raum Platz zu nehmen und zu warten. Doch niemand war da, der ihn befragen wollte, man hielt ihn lediglich hin. Erst am nächsten Tag gegen Mittag wurde er freigelassen.

Filep Karma ist bekannt als ein Verfechter der Unabhängigkeit Papuas. Er war schon 1998 zu mehreren Jahren Gefängnis verurteilt worden, weil er in Biak eine Morgensternflagge gehisst hatte, wurde aber unter Präsident Abdurrahman Wahid freigelassen, als dieser alle politischen Gefangenen amnestierte.

Am 24. 11. 2004 hatte Dr. Benny Giay in Sentani / West Papua ein angstmachendes Erlebnis. Als er nach Haus kam, erzählten die Angestellten, dass vier Soldaten nach ihm gefragt hätten. Die vier waren mit einem Jeep *Kijang* vorgefahren, sie hatten ihre Gesichter schwarz-grün gestreift bemalt, in den Tarnfarben, die bei Militär-Operationen aufgetragen werden. Sie sagten, sie wollten lediglich ein Weihnachtsgeschenk überreichen, sie würden wiederkommen.

Dr. Benny Giay ist Dozent an einer Theologischen Schule in Sentani. Es ist bekannt für sein unabhängiges Denken und seine kritischen Veröffentlichungen, unter anderem durch sein Buch über die Ermordung von Theys Eluay durch Soldaten der indonesische Armee im November 2002. Er hat großen Einfluss auf die Studenten des Hochlandes.

Wenige Tage vorher, am 20. 11. hatte Suciwati in Jakarta ein Paket erhalten, in dem ein enthauptetes und zerstückeltes Huhn lag. Dabei lag ein Brief mit folgendem Text: „Sei vorsichtig, versuche nicht, den Tod deines Mannes mit der indonesischen Armee in Verbindung zu bringen, oder möchtest du enden wie dieses Huhn?“

Munir, der Ehemann von Suciwati, war am 7. September auf einem Garudaflug von Jakarta nach Amsterdam plötzlich gestorben. Die niederländischen Behörden nahmen eine Autopsie vor und stellten fest, dass Munir an einer Überdosis Arsen gestorben war, er war also kurz vor oder während dem Flug vergiftet worden. Eine niederländische Organisation hatte ihn eingeladen, in den Niederlanden ein Studiensemester zu absolvieren. Er war 38 Jahre alt und der bekannteste Menschenrechtler Indonesiens, vor zwei Jahren mit dem alternativen Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Anfang November übergab das niederländische Außenministerium den Autopsiebericht dem indonesischen Außenministerium. Die Witwe wie auch die Menschenrechtsorganisation *Imparsial*, deren Direktor Munir war, forderten sofort eine Veröffentlichung des Berichtes. *Imparsial* erhielt am 23. November ebenfalls ein Päckchen mit einem toten Huhn.

Schon eine Woche nach der Vereidigung von Präsident Susilo Bambang Yudhoyono (SBY) wurden Pläne des indonesischen Geheimdienstes BIN bekannt, nach denen 16 namentlich genannte Papuaführer gezielt ermordet werden sollen. Die Pläne wurden auf Nachfrage von Betroffenen durch die private Auskunft eines hohen Regierungsbeamten bestätigt.

Vor wenigen Tagen wurden in Biak / West Papua Informationen verbreitet, die sich auf jenes Geheimpapier von BIN stützen und konkret die Aktivisten auf Biak benennen, die bis März 2005 „tot oder lebendig“ gefasst werden müssen. 10 Personen werden namentlich genannt.

Gleichzeitig läuft im Hochland Papuas – unterhalb des Äquatorgletschers *Puncak Jaya* - eine brutale Militäraktion gegen Teile der Bevölkerung, die als OPM (Organisation für ein freies

Papua) abgestempelt wurden. Tausende Männer, Frauen und Kinder sind vor dem Militär in die Wälder geflüchtet und leiden unter Hunger, Kälte und Krankheiten. Das Militär verbietet bzw. verhindert den Zugang für Beobachter von außen, für Kirchen und Hilfswerke.

Kein Zweifel, die Drohungen und Einschüchterungen, die hier in den letzten Tagen stattgefunden haben, müssen ernst genommen werden. Der staatliche Mord an unbequemen Personen hat in Indonesien eine lange Tradition und wird – wie Munirs Ermordung zeigt – bis heute praktiziert. Über die Motive lässt sich spekulieren. Es könnten Kräfte am Werk sein, die dem neuen Präsidenten SBY das Leben schwer machen wollen. Vorgeschobene Argumente sind der Kampf um die Einheit Indonesiens (NKRI) und der Kampf gegen den Terrorismus. Sollte mit dem Argument „Kampf gegen den Terrorismus“ unter denen aufgeräumt werden, die sich kritisch zur Regierung äußern und eine andere Meinung vertreten? Sollte dies alles doch mit Wissen und Duldung des neuen Präsidenten geschehen? Menschenrechtler in Indonesien leben gefährlich. (sz).

### **Der verbotene Feiertag der Papua** <sup>3</sup>

E-Info Nr. 157 vom 7. Dezember 2004

Die Papua wollen sich ihren wichtigen Feiertag nicht nehmen lassen. Trotz strenger Verbote von Seiten der Regierung, der Sicherheitskräfte und des obersten Gerichtes und massiver Einschüchterungen und Repressalien im Vorfeld, gab es am 1. Dezember 2004 an mehreren Orten in West-Papua Gedenkfeiern zur „Unabhängigkeitserklärung“ von 1961.

Vor dreiundvierzig Jahren wehte die Morgensternflagge zum ersten Mal neben der niederländischen Fahne im damaligen Niederländisch New Guinea. Eine Unabhängigkeit West-Papuas schien in Sicht. Aber Ende 1962 wurde Papua zuerst als Mandatsgebiet an die UNO und ein halbes Jahr später an die Republik Indonesien übertragen. 1969 sollten alle erwachsenen Papuas in einem Volksentscheid bestimmen, ob Papua bzw. Irian Jaya weiterhin ein Teil Indonesiens, oder aber ein unabhängiger Staat werden sollte. Indonesien nennt das Referendum, das zu seinem Gunsten ausfiel, „Act of free choice“ (Akt freier Meinungsäußerung); die Papuas nennen den sehr bedenklichen Ablauf des Volksentscheides „Act of no choice“, da die 1022 von Indonesien erlesenen und beeinflussten Wahlmänner überhaupt keine andere Wahl hatten, als für den Anschluss an die Republik zu stimmen.

Trotz des Verbotes wehte die Bintang Kejora, die Morgensternflagge, in diesem Jahr auf dem Fußballplatz Trikora, unweit der Theologischen Hochschule der Protestantischen Kirche (GKI), in Abepura. Drei- bis vierhundert Papuas, zumeist aus dem Hochland, nahmen an der Zeremonie teil. Vorher hatte die Polizei einen Fahnenmast, der in einer Prozession zum Fußballplatz getragen wurde, beschlagnahmt. Aber sie konnte nicht verhindern, dass man sich trotzdem versammelte. Die freikirchlichen Evangelisten Yesaya Dimara und Marthen Waimuri<sup>4</sup> riefen die Menge zum Gebet auf und dankten Gott, dass er das Land und die Menschen Papuas nicht vergessen hatte. Danach hielten die Papuas Jefri Pagawak, Dorus Wakum, Filep Karma und Yusak Pakage politische Reden. Sie riefen die internationale Gemeinschaft auf, den Status West-Papuas zu klären. Von den gewählten Repräsentanten in Jakarta und Jayapura forderten sie, den Willen des Papuavolkes umzusetzen und von Korruption und Gewalt abzulassen.

---

<sup>3</sup> Elsham News Service 1.12.2004 und 2.12.2004; Presseerklärung von Rex Rumbiak an die Vereinten Nationen (TAPOL-Nachrichten); West-Papua-Private; Augenzeugenberichte.

<sup>4</sup> Anderen Berichten zufolge waren dies die Pfarrer Marthen Manoa und Yesaya Dimara.

Inzwischen hatten einige Jugendliche aus Holzstücken einen neuen Fahnenmast gezmert, sodass um 13 Uhr 45 die Morgensternflagge doch noch über den Köpfen der inzwischen angewachsenen Menschenmenge wehte.

Doch dann griffen die indonesischen Sicherheitskräfte ein. Sechzig Polizisten in Uniform und mehrere in Zivil gekleidete Geheimdienstleute versuchten die Flagge niederzureißen. Es fielen Warnschüsse, aber die Masse löste sich nicht auf. Im Gegenteil, man leistete Widerstand gegen die Staatsgewalt und die Sicherheitskräfte wichen vor der Kraft des Volkes zurück. Mehrere Menschen tanzten um die Fahne und schrieten: *Merdeka! Merdeka!* (Freiheit! Freiheit!). Um 14 Uhr traf die Kampfpolizei (*Brimob*) mit 100 bis an die Zähne bewaffneten Beamten ein. Ein Ultimatum von 10 Minuten wurde gestellt, dann musste die Fahne entfernt worden sein. Um 14 Uhr 16 wurde die Morgensternflagge gestrichen und Evangelist Yesaya Dimara schloss die Veranstaltung feierlich mit einem Gebet und dem Singen des Liedes "Gott, Du Macht, die alle Pläne ausführt".



Demonstration zum 1. Dezember 2004  
Foto Cendrawasih Post 2.12.2004 (© Cendrawasih Post)

Das traurige Resultat dieser Gedenkfeier ist, dass etwa dreizehn Teilnehmer von der Polizei stark verprügelt und zum Teil schwer verletzt worden sind und zwei Personen Schusswunden erlitten. Zwei Papua-Führer, Philip Karma (47), der Organisator der Veranstaltung, und Yusak Pakage (26), sowie 20 weitere Demonstranten wurden eingesperrt. Auf Seiten der Polizei wurden fünf Beamte verletzt.<sup>5</sup>

Opfer unter der Zivilbevölkerung, deren Identität bekannt ist:

1. Yermias Kayame (24), Theologiestudent an der Walter Post Hochschule in Sentani, wurde von hinten in den Kopf geschossen und mit einem Rohrstock auf den Kopf geschlagen.

<sup>5</sup> Einem offensichtlich den Sicherheitskräften nahestehenden Artikel zufolge wurden nur 5 Demonstranten und 8 Polizisten verletzt. Die Daten der verletzten Demonstranten stimmen weitgehend nicht mit den Angaben von Elsham-Papua überein. Die Namen der Polizisten werden mit genauem Dienstrang angegeben. Der Artikel mit dem Titel „Pengibaran Bintang Kejora di Abe Berbuntut Bentrok“ von „ito/sh“ wurde West-Papua-Netzwerk von Unbekannten zugeschickt.

2. Henny Lani (20), wurde das rechte Knie durch Tritte mit Polizeistiefeln verletzt.
3. Michael Rumaropen (25) bekam einem starken Stoß mit einem Gewehrkolben auf die Brust.
4. Marlin Gobay (21) traf eine Kugel in die rechte Wade.
5. Mathius Rumbapuk (33), Aktivist der Menschenrechtsorganisation Elsham-Papua, wurden das rechte Auge und der Hinterkopf durch Schläge und die rechte Seite seines Körpers durch Stiefeltritte verletzt.

Philip Karma ist bei der Verhaftung mehrfach von den Polizisten geschlagen und getreten worden. Am 2. Dezember sind er und Yusak Pakage in den Hungerstreik getreten. Sie weigern sich auch zu sprechen und medizinisch untersucht zu werden.

Aus West Biak wird gemeldet, dass sich dort etwa 500 Widerstandskämpfer aus Serui, Manokwari und Biak am 1. Dezember versammelt und die Morgensternflagge gehisst hätten. Ein Redner, Melkianus Awom, hätte unter anderem von der UNO eine Überprüfung des „*Act of Free choice*“ (1969) gefordert. Awom ist ein Symbol der OPM Befreiungsorganisation. Die indonesischen Sicherheitskräfte lassen den alten „Terroristen“ seit langem in Ruhe. Dadurch soll möglicherweise die verbotene, aber fast bedeutungslose OPM am Leben erhalten werden, um die massive Präsenz des Militärs in West-Papua zu rechtfertigen.

In dem Pazifikinselstaat Vanuatu gab es um den 1. Dezember große Solidaritätskundgebungen für die Menschen West-Papuas. Der Beschluss zu den melanesienweiten Aktionen war auf einer Konferenz von Häuptlingen vom 29. Oktober bis 6. November in Tana gefasst worden. (uh)

## Urteil des Verfassungsgerichts zur Teilung Papuas

Von Petra Stockmann

*Am 11. November 2004 verkündete das Verfassungsgericht sein Urteil zur Teilung Papuas. Dem Antrag von John Ibo, Präsident des Papua Provinzparlaments, wurde stattgegeben; das Gericht erklärte das Gesetz 45/1999 über die Bildung der Provinz Zentral-Irian-Jaya, der Provinz West-Irian-Jaya, des Distriktes Paniai, des Distriktes Mimika, des Distriktes Puncak Jaya und der Stadt Sorong für verfassungswidrig und daher mit sofortiger Wirkung für ungültig. In seinen dem Urteilsspruch vorangestellten rechtlichen Erwägungen erklärt das Gericht jedoch, dass die Bildung der Provinz West-Irian-Jaya, die auf der Basis von Gesetz 45/1999 erfolgt sei, Rechtsgültigkeit habe, bis das Gericht anderweitig entscheide. Das Urteil hat unterschiedliche Reaktionen hervorgerufen.*

### Hintergrund

Gegen Ende ihrer jeweiligen Amtszeit verabschiedeten die Regierung Habibie und das nationale Parlament (DPR) das Gesetz 45/1999, welches u.a. die Teilung Papuas bestimmt, oder präziser: die Bildung der Provinzen Zentral-Irian-Jaya und West-Irian-Jaya. Daraufhin brach ein Proteststurm in Papua los und das Provinzparlament empfahl der Zentralregierung, das Gesetz zurückzunehmen. Dies war kurz bevor am 20. Oktober 1999 Abdurrahman Wahid von der neu gewählten und ernannten Beratenden Volksversammlung (MPR) zum Präsidenten gewählt wurde. Während eben jener Sitzung verabschiedete die MPR auch die neuen Allgemeinen Staatspolitischen Richtlinien (GBHN) 1999-2004 als bindende politische Leitlinien für den neuen Präsidenten. In diesen bestimmte die Beratende Volksversammlung, dass Irian Jaya den Status einer Sonderautonomie erhalten solle und Menschenrechtsverletzungen juristisch aufgearbeitet werden sollten. Kurz nach ihrem Amtsantritt stoppte die neue Zentralregierung die Umsetzung des Gesetzes 45/1999 über die Teilung Papuas.

Während ihrer Sitzung im August 2000 empfahl die Beratende Volksversammlung, zu jener Zeit noch das höchste Staatsorgan, dass bis spätestens zum 1. Mai 2001 Sonderautonomiesetze für Aceh und Papua herausgebracht sein sollten. Neben der Zentralregierung begannen auch führende Persönlichkeiten in Papua mit der Erarbeitung eines Gesetzesentwurfes. Nach einstimmiger Unterstützung des Provinzparlaments wurde der Entwurf aus Papua schließlich Abdurrahman Wahid überreicht. Überraschenderweise entschied sich dann das nationale Parlament für den Entwurf aus Papua als Grundlage seiner parlamentarischen Lesungen. Im November 2001 wurde schlussendlich das Gesetz über eine Sonderautonomie für Papua, wie die Provinz nun offiziell heißt, verabschiedet. Das Gesetz trägt die Unterschrift Megawatis, die in der Zwischenzeit Abdurrahman Wahid im Amt des Präsidenten abgelöst hatte.

Obwohl sehr abgeschwächt im Vergleich zum Entwurf aus Papua, enthält das Gesetz 21/2001 noch immer eine Reihe von Bestimmungen, die den Papua zugute kommen. Aber was zu einer Quelle für Kontroversen werden sollte, war die Tatsache, dass das Gesetz 45/1999 mit keinem Wort im Sonderautonomiesetz erwähnt wird. Dies bedeutete, dass hinsichtlich des Status der Provinz Papua zwei Gesetze mit widersprüchlichen Bestimmungen in Kraft waren: Gesetz 45/1999, welches – obwohl nicht implementiert – immer noch die Bildung der Provinzen West- und Zentral-Irian-Jaya festschrieb, also die Teilung Papuas in drei Provinzen; und das Gesetz über eine Sonderautonomie für Papua, welches in Artikel 76 bestimmt: „Die Teilung (*pemekaran*) der Provinz Papua soll durchgeführt werden mit der Zustimmung des Papua Volksrates (MRP) und des Provinzparlamentes (DPR Papua)...“ - Der Papua Volksrat (*Majelis Rakyat Papua*, MRP) ist eine neue Institution mit beträchtlicher politischer Autorität, die im Sonderautonomiesetz vorgesehen ist und die zu je einem Drittel mit Vertretern von *adat*- und Religionsgemeinschaften sowie von Frauenrepräsentantinnen besetzt werden soll. Bis heute hat die Zentralregierung jedoch die Einrichtung des Volksrates verzögert. –

Im Januar 2003 gab Präsidentin Megawati den Entwicklungen eine neue Wendung, als sie die Präsidialinstruktion 1/2003 über die Beschleunigung der Durchführung von Gesetz

45/1999 erließ. Mit dieser Instruktion war die Teilung Papuas zurück auf der Tagesordnung. Protest wurde von verschiedensten Seiten laut, und auch prominente Rechtsexperten unterstrichen, dass die Instruktion gegen das Sonderautonomiegesetz verstieße.

Dessen ungeachtet, trieb die Zentralregierung die Bildung der zwei neuen Provinzen unbeirrt voran. Die Provinz West-Irian-Jaya wurde offiziell im Februar 2003 inauguriert, und der kommissarisch amtierende Gouverneur Brig. Gen. (a.D.) Abraham Atururi im November desselben Jahres offiziell zum Amtsinhaber ernannt. Was die Provinz Zentral-Irian-Jaya anbelangt, so erklärte die Zentralregierung nach blutigen Auseinandersetzungen im August 2003, dass sie zunächst alle weiteren Pläne auf Eis legen würde.

### **Teilungspolitik vor Gericht angefochten**

Die Teilungspolitik der Zentralregierung ist jedoch vor Gericht angefochten worden: Zum einen wurde die Zentralregierung in einem Urteil des Verwaltungsgerichts in Jakarta vom Juni 2004 dazu verpflichtet, die Ernennung Atururis als Gouverneur rückgängig zu machen. Zum anderen wurde im November 2003 beim Verfassungsgericht ein Antrag auf Überprüfung der Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes 45/1999 eingereicht; offizieller Antragsteller war John Ibo, Präsident des Papua Provinzparlaments. Obwohl dem Fall vom Verfassungsgericht zunächst hohe Priorität eingeräumt worden war, sollte dennoch ein Jahr verstreichen, bevor das Urteil verkündet wurde.

In seinen rechtlichen Erwägungen zum Urteil argumentiert das Gericht wie folgt: Hinsichtlich der Argumentation des Klägers, dass ein höher stehendes Gesetz einem niederrangigen vorgehe (*lex superior derogat legi inferiori*), vertritt das Gericht die Auffassung, dieses Prinzip sei auf den vorliegenden Fall nicht anwendbar: Gesetz 45/1999 sei nicht gegen die zum damaligen Zeitpunkt höher stehende Rechtsquelle, die 1945er Verfassung vor ihrer ersten Änderung. Daher sei auch alles, was bisher auf der Basis des Gesetzes erfolgt sei, rechtsgültig. Dies wird, wie wir sehen werden, an anderer Stelle in der Urteilsbegründung expliziter ausgeführt.

Des Weiteren weist das Gericht auch die Argumentation zurück, dass aufgrund der Prinzipien *lex specialis derogat legi generali* (ein besonderes Gesetz geht dem allgemeinen vor) und *lex posterior derogat legi priori* (ein später erlassenes Gesetz geht dem früheren vor) Teile des Gesetzes 45/1999 durch die Verabschiedung des Sonderautonomiegesetzes ungültig geworden seien. Als Begründung führt das Gericht an, dass die Inhalte der Gesetze 45/1999 und 21/2001 unterschiedliche seien: Während es im Gesetz 45/1999 um die Bildung von Provinzen und Distrikten gehe, behandle Gesetz 21/2001 die Sonderautonomie Papuas betreffende Angelegenheiten.

Darüber hinaus weise Gesetz 21/2001 Züge von Inkonsistenz und Ambivalenz auf. So würde in dessen Allgemeinen Erläuterungen die Existenz verschiedener auf der Basis von Gesetz 45/1999 gebildeter Distrikte anerkannt, die Bildung der zwei Provinzen, die ebenfalls in Gesetz 45/1999 bestimmt würde, jedoch in keiner Weise angesprochen.

Das Gericht verweist auch auf die Übergangsbestimmungen des Sonderautonomiegesetzes, in denen festgelegt wird, dass alle Regelungen in der Provinz Papua in Kraft bleiben, solange sie nicht im Sonderautonomiegesetz behandelt werden. Hinsichtlich der Frage, ob mit dieser Bestimmung nun Gesetz 45/1999 als Ganzes oder in Teilen in Kraft gelassen wird, gäbe es unterschiedliche Interpretationen. Das Gericht bestätigt, dass Kläger wie Regierung wohl fundierte Argumente für ihre jeweilige Position hätten.

Entscheidende Äußerungen werden gegen Ende der rechtlichen Erwägungen des Gerichts vorgebracht. So stellen die Richter fest, dass die Bedingungen, die im Sonderautonomiegesetz bezüglich einer Teilung der Provinz niedergelegt sind (vgl. den oben zitierten Artikel 76), erst nach Verabschiedung desselben wirksam geworden seien; sie seien nicht anwendbar auf die Bildung der Provinzen Zentral- und West-Irian-Jaya, die – normativ – auf der Grundlage von Gesetz 45/1999 stattgefunden habe.

Das Gericht setzt seine Argumentationslinie fort, indem es darauf verweist, dass die Provinz West-Irian-Jaya eine Tatsache ist, wie sich u.a. in der Existenz einer Provinzregierung, eines Provinzparlaments mit Volksvertretern, die im April gewählt wurden, sowie gewählter Repräsentanten, die die Provinz West-Irian-Jaya im neuen Regionalrat



(DPD) vertreten, zeige. Die Provinz Zentral-Irian-Jaya hingegen sei noch nicht gebildet worden. Vor diesem Hintergrund ist das Gericht der Auffassung, dass „... das Bestehen der Provinzen und Distrikte, welche auf der Basis von Gesetz 45/1999 ins Leben gerufen wurden, ... Gültigkeit [hat], es sei denn, das Gericht beschließt etwas Gegenteiliges.“

Der explizite Urteilsspruch umfasst drei Punkte: Das Gericht erklärt, dem Antrag des Klägers werde stattgegeben; mit Verabschiedung des Gesetzes 21/2001 sei die Gültigkeit von Gesetz 45/1999 gegen die (geänderte) Verfassung; und Gesetz 45/1999 besitze ab dem Zeitpunkt der Urteilsverkündung keine Rechtsgültigkeit mehr.

Eine partiell abweichende Meinung (in der englischen Ergänzung im Urteil als *concurring opinion* bezeichnet) wurde von Richter Maruarar Siahaan zu Protokoll gegeben: Siahaan stimmt dem Urteil als solchem zu, vertritt aber hinsichtlich der Begründung über die Folgewirkung des Urteilsspruchs eine andere Auffassung: Richter Siahaan argumentiert, dass auch alle rechtlichen und tatsächlichen Folgen aus Gesetz 45/1999 annulliert werden müssten; die Existenz der Provinz West-Irian-Jaya gehöre für null und nichtig erklärt und alle entsprechenden Institutionen müssten aufgelöst werden.

### Reaktionen

Der Kläger John Ibo akzeptierte die Gerichtsentscheidung augenscheinlich ohne viel Aufhebens: „Wir haben die Klage eingereicht auf der Grundlage des Mandats, welches wir von unserem Volk erhalten haben. Ich bin sicher, die Menschen werden es akzeptieren“, wird Ibo in der *Jakarta Post* zitiert. Es überrascht nicht, dass positive Äußerungen besonders von jenen zu hören waren, die direkt vom Urteil profitieren, wie beispielsweise der vorläufige stellvertretende Präsident des neuen Provinzparlaments, Damianus Itje. Dieser begrüßte das Urteil und behauptete, es stehe in Einklang mit den Wünschen der Bevölkerung.

„Komplett verrückt“, war hingegen der Kommentar von Verfassungsrechtler Sri Soemantri gegenüber der *Jakarta Post*. „Was ist denn nun die Rechtsgrundlage für die Provinz West-Irian-Jaya? Wenn das Gericht erklärt, dass das Gesetz 45/1999 nicht verfassungsmäßig ist, wie kann es der Errichtung einer Provinz zustimmen, die keine Rechtsgrundlage hat“, fragte Soemantri. Und der Vorsitzende der Papua-Zweiges der Christlichen Kirche Indonesiens, Herman Saud, wird mit den Worten zitiert, dass die Entscheidung eher auf politischen Erwägungen basiere denn auf rechtlichen Argumenten: „Die Entscheidung wurde getroffen, um die Ehre der Zentralregierung zu retten, da sie die Provinz West-Irian-Jaya bereits errichtet hat. Es ist kein Geheimnis, dass die Regierung immer in juristische Prozesse eingreift.“

Zu Sauds letztem Kommentar ist anzumerken, dass, obwohl Indonesiens Justiz in ihrer Gesamtheit berüchtigt für einen Mangel an Unabhängigkeit (gewesen) ist, das Verfassungsgericht in der kurzen Zeit seines Bestehens eine Reihe von bemerkenswerten Urteilen gefällt hat, welche als ein erster Beweis für seine verfassungsmäßig geforderte Unabhängigkeit gewertet werden können. Weder das Urteil über die Zuständigkeit des Verfassungsgerichts, noch das Urteil über das passive Wahlrecht von ehemaligen Mitgliedern der indonesischen Kommunistischen Partei waren im Sinne der Regierung, genauso wenig wie jenes Urteil, welches das Gesetz annullierte, das das Antiterrorismusgesetz rückwirkend auf die Bali-Attentate anwendbar machte.

Ob politische Einflussnahme stattgefunden hat, entzieht sich meiner Kenntnis. Aber die von Saud aufgeworfene Frage nach den politischen Erwägungen, welche im Urteil möglicherweise eine Rolle gespielt haben, führt uns zu einem strukturellen Problem: Das indonesische Verfassungsgericht muss darauf gefasst sein, dass es ebenso wie andere Verfassungsgerichte – beispielsweise auch das deutsche – häufiger mit Fällen konfrontiert sein wird, welche politischer und nicht – oder nicht nur (so dies überhaupt möglich ist) – rechtlicher Natur sind. Dies ist ein Problem, für das es keine einfachen Lösungen gibt. Was den konkreten Fall angeht, so bedarf es in der Papuafrage definitiv einer politischen Lösung; das Verfassungsgericht kann nicht als Ersatz für mangelnden politischen Willen herhalten.

Und ein weiteres strukturelles Problem zeigt sich meines Erachtens im Papua-Fall: Die Problemlage ist hier, dass zwei rechtskräftige Gesetze einander widersprechende Bestimmungen enthalten. Nach meinem Verständnis ging es in diesem Fall weniger um die Frage, ob Gesetz 45/1999 verfassungsmäßig ist, als vielmehr darum, dass das Gesetz in

Kraft gelassen wurde und so im Widerspruch zu den neuen Bestimmungen im Sonderautonomiegesetz stand. Aber gemäß der indonesischen Verfassung ist kein Organ der Judikative autorisiert, sich mit dem Problem einander widersprechender Gesetze zu befassen: Während das Verfassungsgericht dafür zuständig ist, Gesetze auf ihre Verfassungsmäßigkeit hin zu überprüfen, liegt es im Zuständigkeitsbereich des Obersten Gerichtshofs zu entscheiden, ob niederrangige Rechtsquellen im Einklang mit Gesetzen stehen. Meines Erachtens hat die Tatsache, dass der Antrag im Fall Papua so konstruiert werden musste, dass er den Bedingungen für eine Klage vor dem Verfassungsgericht entsprach, zu den Schwierigkeiten der Urteilsfindung beigetragen. Dass jede Frage über den Status eines „Unruheherdes“ wie Papua ein politisches höchst brisantes Thema ist, steht dabei außer Frage. Aber wie erwähnt hat das Gericht durchaus schon in anderen brisanten Fällen unpopuläre Entscheidungen getroffen.

Abschließend würde ich gern die Aufmerksamkeit noch einmal auf einen schon erwähnten Passus des Urteils lenken, jenen nämlich, in dem das Gericht seine Auffassung zum Ausdruck bringt, dass „das Bestehen der Provinzen und Distrikte, welche auf der Basis von Gesetz 45/1999 ins Leben gerufen wurden, ... Gültigkeit [hat], *es sei denn, das Gericht beschließt etwas Gegenteiliges.*“ [Hervorhebung PS] Kann dies möglicherweise als ein Ausweg aus dem schwierigen Urteil angesehen werden?

Wie aus den oben zitierten Äußerungen eines Rechtsexperten deutlich geworden ist, wurde der Provinz West-Irian-Jaya mit der Annullierung des Gesetzes 45/1999 die notwendige Rechtsgrundlage entzogen. Wenn Parlament und Regierung allem Widerstand zum Trotz ihre Teilungspolitik fortsetzen, müssen sie ein entsprechendes neues Gesetz erlassen, welches dann wiederum vor dem Verfassungsgericht angefochten werden könnte. Diesmal jedoch wäre die alleinige Rechtsgrundlage für die Überprüfung auf Verfassungsmäßigkeit des neuen Gesetzes die Verfassung nach ihrer vierten Änderung, in der der neue Artikel 18 B (1) bestimmt: „Der Staat anerkennt und respektiert die Einheiten regionaler Verwaltung, welche von besonderem oder speziellen Charakter sind, wie im Gesetz geregelt.“

Während das Verfassungsgericht zum Hauptaustragungsort für die juristischen Auseinandersetzungen über die Teilungspolitik geworden ist, so ist doch das Verwaltungsgericht nach wie vor ein anderer. Hier bleibt abzuwarten, welche Konsequenzen die erwähnte vom Gericht verfügte Rücknahme der Ernennung Atururis zeitigen wird.

So wichtig die Option eines Rechtsweges auch ist, der aussichtsreichste Weg zu einer Lösung des Konfliktes in Papua wäre sicher eine weitsichtige politische Initiative von Seiten des neuen Präsidenten, unterstützt von einem kreativ an der Lösung drängender Probleme arbeitenden nationalen Parlament.

*Petra Stockmann*

## **Relevante Dokumente und Quellen**

Ausgewählte relevante Bestimmungen aus den erwähnten Allgemeinen Staatspolitischen Richtlinien (GBHN) 1999-2004, dem Gesetz 21/2001 über die Sonderautonomie für die Provinz Papua, dem Gesetz 45/1999 über die Bildung der Provinz Zentral-Irian-Jaya, der Provinz West-Irian-Jaya, des Distriktes Paniai, des Distriktes Mimika, des Distriktes Puncak Jaya und der Stadt Sorong, sowie der Präsidialinstruktion 1/2003 über die Beschleunigung der Durchführung von Gesetz 45/1999 sind auf Indonesisch und in englischer Übersetzung zugänglich unter: <http://home.snafu.de/watchn/AfP2003document.htm>  
Urteil des Verfassungsgerichts: *Putusan Perkara Nomor 018/PUU-1/2003*, zugänglich in der Originalversion (in zwei Teilen) auf der Homepage des Verfassungsgerichts unter: <http://www.mahkamahkonstitusi.go.id>  
International Crisis Group (ICG): *Dividing Papua. How not to do it.* Indonesia Briefing, 9.4.2003  
[http://www.icg.org/library/documents/report\\_archive/A400941\\_09042003.pdf](http://www.icg.org/library/documents/report_archive/A400941_09042003.pdf)  
*Autonomy for Papua – Opportunity or Illusion?* Papers presented at the conference “Autonomy for Papua – Opportunity or Illusion?”, June 4<sup>th</sup> and 5<sup>th</sup> 2003, Berlin, Germany, published by the Friedrich Ebert Foundation, the West Papua Network and Watch Indonesia!, zugänglich unter: <http://home.snafu.de/watchn/AfP2003contents.htm>  
Zitate und zusätzliche Informationen aus:  
*The Jakarta Post* (online Version), 15.11.03, 16.06.04, 12.11.04; *Tempo Inter aktif* 14.06.04

## Erklärung der Vollversammlung der VEM in Manila zu West Papua



Jan Rumbrar von der Protestantischen Kirche Papuas (GKI) auf der Vollversammlung der Vereinten Evangelischen Mission in Manila. Links VEM-Moderator Bischof Zephania Kameeta, Mitte Generalsekretär Pastor Reiner Groth (Foto VEM / Tagaro)

Die Vollversammlung der Vereinten Evangelischen Mission – Gemeinschaft von Kirchen in drei Erdteilen nimmt mit großer Besorgnis Kenntnis von den anhaltenden Menschenrechtsverletzungen in der indonesischen Ostprovinz West Papua, wo die einheimische Bevölkerung seit vielen Jahren Unterdrückung und Diskriminierung durch die indonesische Regierung erfährt, insbesondere durch Mitglieder des Militärs und der Polizeikräfte.

Die Vollversammlung bittet die Mitgliedskirchen, ihre Solidarität mit den Schwestern und Brüdern aus Papua zu bekräftigen. Insbesondere bittet sie die indonesischen Mitgliedskirchen der VEM eindringlich, die GKI/TP in ihrem Bemühen zu unterstützen, eine friedliche Lösung dieses Konfliktes anzustreben.

Die Vollversammlung nimmt mit Befriedigung zur Kenntnis, dass in friedlichen und demokratischen Wahlen in Indonesien ein neuer Präsident gewählt wurde.

Die Vollversammlung gratuliert dem Präsidenten zu seiner Wahl und wünscht ihm Gottes Führung und Segen in seinem Amt. Die Mitglieder der Vollversammlung appellieren an den neugewählten indonesischen Präsidenten, die Implementierung des Gesetzes zur Sonderautonomie Papuas (UU 21/2001) zu beschleunigen, entsprechend seinem Versprechen, den Frieden in der Region zu bewahren, aber auch den Bewohnern Papuas eine wirkliche Gelegenheit zu geben, ihre bürgerlichen und politischen Rechte wie auch ihre wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte auszuüben. Sie bitten ihn ebenfalls, die Truppen aus Papua abzuziehen und die besonderen Notstandsbestimmungen aufzuheben.

Darum bitten die Mitglieder der Vollversammlung die indonesische Regierung, ihre Entscheidung zurückzuziehen, nach der die Provinz in drei Teile aufgeteilt werden soll, weil das dem Gesetz zur Sonderautonomie widerspricht.

Die Europäische Union bleibt aufgefordert, auch weiterhin die Implementierung des Gesetzes zur Sonderautonomie aus dem Jahr 2001 zu unterstützen.

Die Vollversammlung bittet alle ihre Mitglieder, für Frieden und Gerechtigkeit für die Menschen in Papua und in anderen Regionen Indonesiens zu beten, die unter Gewalt und Unterdrückung leiden, wie in Aceh und auf den Molukken, und in ihrer Unterstützung und ihrem Beistand für die Schwestern und Brüder in dieser Region nicht nachzulassen.

### **Gemeinsamer Aufruf der Freikirchen West-Papuas** <sup>6</sup>

Kirche des Evangeliumszeltes (Kingmi) Papua,  
Evangeliumskirche in Indonesien (GIDI)  
Gemeinschaftsverband der Baptistengemeinden Papua

#### *Vorwort*

Die Geschehnisse in Monia, Kreis Tingginambut, Regierungsbezirk Puncak Jaya vom 17. August 2004 mit dem Angriff auf Goliat Tabuni, der seine Familie in Monia, Kreis Tingginambut besuchen wollte, wurden nicht ernsthaft untersucht. Sie wurden vielmehr schnell vergessen und bis heute nicht aufgegriffen. Das zeigt sich daran, daß der vom Provinzparlament (DPRD) gebildete Untersuchungsausschuß nicht aufbrechen konnte, weil nicht klar sei, ob in Mulia weiterhin Gefahren drohten.

Wir bedauern die Haltung der Provinzregierung und der Verwaltung des Regierungsbezirkes Puncak Jaya, die keine Mittel bereit stellten, um dem Untersuchungsausschuß seine Arbeit zu ermöglichen. Dagegen machte es der Regierung keine Mühe, Milliardenmittel für das Militär bereit zu stellen, das sehr großzügig mit dem Recht auf Leben und Sicherheit tausender Menschen umgeht. Deswegen sind tausende Menschen in den Wald geflohen. Ohne überprüfbare Berichte zu haben vermutet man, mehr als 5.000 Menschen seien in den Wald geflohen und hätten ihre Gärten und ihren Besitz, ihre Häuser und Dörfer verlassen, die nun von verantwortungslosen Leuten geplündert würden. So berichtet Luis Markus Zonggonao, Mitglied des Parlamentes des Kreises. Nach letzten Meldungen sind viele Menschen krank und 15 Todesfälle sind bereits im Wald, dem Fluchtlager der Menschen, zu beklagen.

Wir wissen, dass aus Mitteln des Autonomiefonds von der Bezirksregierung Puncak Jaya bereits 3 Milliarden Rupiah für die Operationen des Militärs bereit gestellt wurden. Nach unserer Meinung sollten diese Mittel besser für Bildung, Soziales und Gesundheit der Bevölkerung eingesetzt werden. Da ist bisher nichts geschehen.

In diesem Zusammenhang haben Sondereinheiten der Armee (Kopassus) zugelassen, dass ein Pfarrer namens Elisa Tabuni am 14. September 2004 erschossen wurde. Dieser Zwischenfall verlängert die Liste von Boten des Evangeliums, die während militärischer Operationen in Papua erschossen wurden. Vor einem Jahr wurden zwei Pfarrer in Kuyawagai und Bolakme beschuldigt „Mitglieder der OPM“ zu sein und erschossen. Davor erschoss die Armee im Oktober 1992 Pfarrer Wenesobuk Nggwijangge in Mapnduma. Lange vorher, im Dezember 1984 wurde ein anderer Pfarrer im Bergbaubetrieb PT Freeport Tembagapura während der Weihnachtspredigt unter demselben Vorwand erschossen.

Noch mehr beunruhigt uns die Äußerung eines hohen Militärs im Land, die Armee habe ein „Mitglied der TPN OPM“ erschossen. Kurz danach nennt er ihn einen „Hirten der Herde“. Wir verstehen nicht, welchen Eindruck der hohe Offizier mit einer solchen Wortwahl vermitteln wollte. Wir vermuten im Zusammenhang früherer Zwischenfällen mit Pfarrern in diesem Land will man die Emotionen der Massen provozieren, um den Konflikt zu verlängern.

---

<sup>6</sup> Veröffentlichung durch Elsham News Service, 23. November 2004. Deutsche Übersetzung von Hans-Martin Thimme.

Zwar sagen hohe Vertreter von Militär und Zivilbehörden, „die Sicherheitslage sei gut und die Behörden hätten die Situation im Griff,“ aber es gibt immer noch Zwischenfälle wie den vom vergangenen 12. November als ein Polizist und zwei Angestellte des Regierungsbezirks Puncak Jaya erschossen wurden, nämlich Ester Elaby (28), Bürgermeisterin von Mulia und Yuni Wonda (31), Finanzangestellter des Regierungsbezirkes.

*Deswegen rufen wir mit allem Ernst zu Folgendem auf*

- Ein vertrauenswürdiger Untersuchungsausschuss soll durch die nationale Organisation für Menschenrechte (Komnas HAM) gebildet werden, der willkürliche Festnahmen und Morde von Mitgliedern der Zivilgesellschaft untersucht, vor allem den Fall von Pfarrer Elisa Tabuni und das Geschick von tausenden Flüchtlingen, die bisher nicht zurück gekehrt sind, sowie die Plünderungen von Dörfern und anderem Besitz durch den Apparat.
- Die Regierung von Präsident Dr. Susilo Bambang Yudhoyono möge die militärischen Gewaltmaßnahmen in Puncak Jaya schnell beenden und alle nicht langfristig stationierten Einheiten von dort und aus der ganzen Provinz Papua abziehen; er möge das Gebiet Puncak Jaya für den Menschenrechtsausschuss öffnen, um so den Prozess der Rückkehr der Bevölkerung aus den Waldlagern in ihre Heimatorte zu beschleunigen. Solange die Militärmaßnahmen andauern und die Armee Mulia besetzt hält, wird die Bevölkerung nicht zurückkehren. Traumatische Erfahrungen im Zusammenhang der Anwesenheit und Betätigung des Militärs werden das unmöglich machen. Denn es geht hier nicht nur um die Vorfälle vom 17. August 2004, sondern auch die Morde in Kuyawagai von 2003, die Vorfälle in Wamena und Umgebung seit April 2003 oder die Säuberungsaktionen, die seit Januar 1996 im Zusammenhang der Geiselnahme von Mapnduma durchgeführt wurden. Das alles geht noch viel weiter zurück bis zum Jahr 1977. Wir bitten also darum, daß die Gewalteinsätze des Militärs insbesondere in Puncak Jaya aber auch in ganz Papua vor dem Weihnachtsbesuch des Präsidenten in Papua beendet werden, damit sich die Weihnachtsbotschaft in Papua besser verwirklichen kann.
- Es ist ein offener, ehrlicher, gerechter, würdiger, demokratischer und friedlicher Dialog über die Wünsche der Bevölkerung zu beginnen. Das sagen wir aus folgenden grundsätzlichen Überlegungen heraus: a. Das Geschehen in Tingginambut kann nicht getrennt von den Freiheitswünschen der Bevölkerung Papuas betrachtet werden, die zu leicht missbraucht und von gewisser Seite im Interesse von bestimmten verantwortungslosen Gruppen politisiert werden können. b. Die Wünsche der Papuas sind nicht von selbst entstanden, sondern wurden durch die Regierung Indonesiens veranlasst, als sie eine Entwicklung förderte, die nicht den Bedürfnissen der Bevölkerung Papuas entsprach.
- Die Gewalt gegen Kirchen und Religion ist einzustellen, die unter dem Vorwand, Kirchenführer gehörten zur OPM, mit Terror und Mord Pfarrer verfolgt. In der Folge sind wegen der Flucht 27 Gemeinden in Puncak Jaya nicht besetzt. Der Plan einer gemeinsamen Synode der drei Kirchen, nämlich der Evangeliumskirche (GIDI), der Baptisten und der Evangeliumszeltkirche (Kingmi) wurde einseitig von der Polizei verboten. Die für den 15. – 20. Oktober geplante gemeinsame Synode musste darum verschoben werden.
- Die Zentralregierung soll eine Priorität auf die Stärkung der Zivilregierung auf der Ebene von Provinz und Regierungsbezirk legen, damit diese frei und offen Wirtschaft und Gesellschaft fördern können, um das Trauma, die Papuas seien „nur Opfer“, das so leichtfertig von gewisser Seite gefördert wird, gründlich abzubauen. Wir haben den Eindruck, daß auch die Zivilregierung oft unter Druck und in Furcht vor gewissen

Kräften arbeiten muss, die die Freiheitsbestrebungen der Papuas für ihre eigenen Interessen missbrauchen.

Wir bitten, diesen Aufruf zu hören und zu beherzigen.  
Jayapura, den 23. November 2004

Pdt. Lipiyus Biniluk, STH  
Vorsitzender der Synode der Kirche des Evangeliums in Indonesien

Pdt. Gerardus Adii Mdiv  
Vorsitzender der Kirche des Evangeliumszeltes in Papua

Socratez Sofyan Yoman, MA  
Vorsitzender des Gemeindeverbandes der Baptistengemeinden in Papua

### **Motor der Demokratie? <sup>7</sup>**

Indonesiens Medien suchen ihren Weg als vierte Gewalt  
Von Anett Keller, Friedrich-Ebert-Stiftung Jakarta

Medienzugang: Fernsehen: 88%, Radio: 44%, Zeitungen/Zeitschriften: 17%  
Medien: Fernsehstationen national: 11, Fernsehstationen lokal: 34, Radiostationen: 1.200,  
Tageszeitungen: 176 (Gesamtauflage: 4,6 Millionen), Wochenzeitungen: 289 (Gesamtauflage: 5,6  
Millionen), Magazine: 219 (Gesamtauflage 4,6 Millionen)

Sechs Jahre nach dem Sturz Soehartos und fünf Jahre nach der Einführung des Presserechtes kann Indonesiens Presse nicht mehr als eine der freiesten in Asien bezeichnet werden, so wie das kurz nach dem Machtwechsel für einige Zeit der Fall war. Auf dem Pressefreiheits-Index von "Reporter ohne Grenzen" lag Indonesien vor zwei Jahren noch auf Platz 57 (von 139). Im letzten Jahr ging es bereits bergab, Indonesien landete auf dem 110. Platz (von 166), in diesem Jahr schließlich auf dem 117 (von 167) (1).

Mit dem Presserecht von 1999 war Medienfreiheit als Bürgerrecht verankert und die bis dato geltende Lizenzpflicht für Printmedien abgeschafft worden. Ein beispielloser Gründungsboom von Publikationen oft fragwürdiger journalistischer Qualität folgte.

#### *Selbstkontrolle vs. Staatskontrolle*

Inzwischen werden Stimmen - auch von Journalisten - lauter, die "allzu ausufernde" Freiheit wieder einzuschränken. Anstatt wirksame Mechanismen der Selbstkontrolle zu etablieren und auf eine bessere Ausbildung zu setzen, wird leider allzu schnell der Ruf nach dem Staat laut. Diesem wurde mit der Errichtung einer Rundfunkkommission bereits Rechnung getragen. Die Kommission ist Teil der Umsetzung des Rundfunkgesetzes Nr. 32/2002. Sie gibt Programmrichtlinien vor, mit deren Hilfe Störungen des religiösen Empfindens und Verletzungen der Menschenwürde vermieden werden sollen. Pornografie und Gewalt soll so von den Bildschirmen verschwinden.

Dem Zuschauer indonesischer Fernsehprogramme scheint die Sorge um die Qualität berechtigt, soap-operas wechseln mit Superstar-Shows und so genannten real-life-crime stories. Zu einer solchen geriet auch die Live-Berichterstattung nach dem Bombenanschlag auf die australische Botschaft am 9. September, wo sich die Kanäle darin überboten, herumliegende Leichenteile oder hilfeschuchende Verletzte ins Visier zu nehmen. Alle paar Minuten wird das Programm unterbrochen von Kaufanreizen für die über 200 Millionen potentiellen Konsumenten des Inselreiches. Indonesien hat die höchste TV-Werbepausen Frequenz weltweit. Ein erwachsener Fernsehzuschauer ist pro Woche 852 Werbe

---

<sup>7</sup> Kurzberichte aus der internationalen Entwicklungszusammenarbeit, Asien u. Pazifik, November 2004.

Unterbrechungen ausgeliefert, etwa 300 mehr als im weltweiten Durchschnitt (II). Bislang scheint die Rundfunkkommission da wenig Änderung bewirkt zu haben.

### *Behinderung der Berichterstattung aus Konfliktregionen*

Mehr Erfolg hatte die staatliche Kontrolle bei der Berichterstattung aus der abtrünnigen, ressourcenreichen Provinz Aceh (Nordsumatra). Seit mehreren Jahrzehnten liefern sich dort die bewaffnete Unabhängigkeitsbewegung GAM und das indonesische Militär einen blutigen Kampf. Zwei indonesische Journalisten kamen im Jahr 2003 bei der Ausübung ihres Berufes in Aceh ums Leben. Ein weiterer wurde mehrere Monate lang von der GAM als Geisel gehalten. Von Mai 2003 bis Mai 2004 verhängte die Regierung das Kriegsrecht über Aceh. "Die indonesische Armee hat alles, was möglich war, getan, um Medien von Aceh fern zu halten" (III), so die Einschätzung von Reporter ohne Grenzen. Ausländischen Journalisten wurde es verboten, sich in der Provinz aufzuhalten, Vertreter nationaler Medien wurden nach amerikanischem Vorbild "eingebettet". Berichte sollten den nationalen Geist befördern, Darstellungen der Unabhängigkeitsbewegung hatten darin nicht vorzukommen.

Am 18. November 2004 wurde der seit Mai 2004 andauernde zivile Notstand um weitere sechs Monate verlängert. Damit ist es dem Militär und lokalen Behörden weiterhin gestattet, die Berichterstattung aus Aceh zu zensieren.

### *Klagewelle gegen Journalisten*

In den letzten zwei Jahren kam es zu einer bis dato unvorstellbaren Menge an Verleumdungsklagen gegen Journalisten. Meistens wurden diese Klagen nicht nach dem Presserecht verhandelt, sondern nach dem Strafgesetzbuch, dessen Paragraphen (z.B. das Verbot, das Staatsoberhaupt zu beleidigen sowie das Verbot, öffentliche Unruhe zu stiften) zum Teil noch aus der holländischen Kolonialzeit stammen. Besagte Klagen gegen Journalisten kommen nicht nur von Geschäftsleuten oder Organisationen, sondern auch von führenden Politikern des Landes wie der Ex-Präsidentin Megawati Soekarnoputri und Ex-Parlamentspräsident Akbar Tandjung.

Am 16. September 2004 wurde Bambang Harymurti, Chefredakteur des größten Nachrichtenmagazins, Tempo (IV), zu einem Jahr Gefängnis wegen Verleumdung verurteilt. Das Blatt hatte in einem Artikel den Zusammenhang zwischen einem Großbrand und den Renovierungsabsichten eines Unternehmers hergestellt (V). Der Unternehmer klagte - in mehr als einem halben Dutzend verschiedener Verfahren auf Schadenersatz in Millionenhöhe. Die meisten Entscheidungen stehen wegen Berufung noch aus.

Der Trend, bei Unzufriedenheit mit Artikeln nicht Leserbriefe, Gegendarstellungen oder die Vermittlung des Presserates zu bemühen, sondern die Gerichte anzurufen, hat auch international Besorgnis ausgelöst. Umso mehr, da die meisten Gerichte das Presserecht nicht als *lex specialis* ansehen und Korruption auch in der Justiz allgegenwärtig ist. Als "größte Bedrohung der Pressefreiheit der letzten Jahre" bezeichnete **amnesty international** diese Entwicklungen (VI). "Dass Indonesien zulässt, dass sein eigenes Pressegesetz irrelevant, aber sein antiquiertes Gesetz gegen unliebsame Meinungen angewendet wird, legt nahe, dass es nicht das letzte Mal sein wird", so die Sorge von Roby Alampay vom südostasiatischen Presseverband SEA PA (VII).

Der verurteilte Chefredakteur selbst, nennt zwei aktuelle Ursachen für die neuerlichen Einschränkungen der Pressefreiheit (VIII): Wahlen und die Schließung der Treuhandbehörde IBRA (IX): "Im Wahljahr haben viele mächtige Politiker mit viel Geld oder guten Verbindungen Angst vor Pressefreiheit. Medien könnten ihre dunkle Vergangenheit aufdecken. Große Schuldner versuchen, sich mit Bestechung ihren Weg frei zu machen, bevor IBRA schließt. Diese beiden Interessen stehen hinter den Versuchen, die freie Presse zu unterdrücken." Positiv sind Aussagen des neuen Informationsministers zu werten, veraltete Gesetzesparagrafen abschaffen zu wollen und sie nicht in Prozessen gegen

Medien zu verwenden. Gleichzeitig fordert er jedoch eine Revision des Presserechts mit härteren Strafen für Journalisten (X).

### *Innere Pressefreiheit*

Indonesiens Medienmarkt wird hauptsächlich von Oligopolen beherrscht und ist eng mit der Politik verflochten. Haupt-anteilseigner von Medienbetrieben sind häufig hoch diversifizierte Unternehmen, die in vielen Wirtschaftsbereichen Interessen besitzen. Diese Misch-Konzern-Strategie liegt in Indonesiens autoritärer Historie begründet. Ein Medium, das jederzeit geschlossen werden kann, taugt nicht als einzige Säule eines Unternehmens. Für Journalisten heißt das oft, den ökonomischen Interessen ihrer Besitzer Rechnung tragen zu müssen, was in der Regel mit Positivberichterstattung geschieht und im Allgemeinen nicht selbstkritisch betrachtet wird. Es ist ebenfalls nicht unüblich, dass Journalisten neben der Suche nach Informationen gleichzeitig Anzeigenakquise betreiben und dafür Prozente bekommen. Gemeinsam mit der weit verbreiteten Umschlag-Praxis (Reporter bekommen bei Pressekonferenzen von den Veranstaltern Umschläge mit so genannten Aufwandsentschädigungen) ergibt sich eine Abhängigkeit, die dem Recht der Öffentlichkeit auf ausgewogene Information diametral entgegensteht. Angesichts von Reporter-Gehältern, die teilweise unter dem Minimumlohn liegen, ist die Anfälligkeit für die genannten "Aufbesserungen" sehr hoch.

Bei einer von FES Jakarta und der Unabhängigen Journalistenallianz (AJI) veranstalteten Diskussion im September 2004 berichteten einige Journalisten, dass sie weniger als 500.000 Rp. (45 Euro) im Monat verdienen, obwohl der gesetzliche Standard bei 670.000 Rp. (60 Euro) liegt. Gewerkschaften können in Indonesien nur auf Unternehmensebene gegründet werden und sind im Medienbereich, falls überhaupt vorhanden, entsprechend schwach. So wurde zum Beispiel bei *Republika*, einer der größten Tageszeitungen, im vergangenen Jahr der komplette Betriebsrat entlassen und durch "moderate" Mitglieder ersetzt. Es gibt keine Regelungen zur Inneren Pressefreiheit, die Redaktionen vor der Einschränkung ihrer Autonomie zugunsten von Wirtschaftsinteressen oder politischen Aspirationen ihrer Besitzer schützt.

### *Ausbildung und Qualitätsstandards*

Dem wachsenden Bedarf an Journalisten steht ein eklatanter Ausbildungsmangel gegenüber. Zwar haben die meisten neu eingestellten Reporter der Qualitätsmedien einen Hochschulabschluss, aber keine journalistische Praxis. Seitens der Medienunternehmen wird kaum in eine umfassende praktische Ausbildung investiert. Die wird entweder per *learning by doing* oder in viel zu kurzen Ausbildungskursen erworben. Ein Rotationssystem sorgt zudem dafür, dass Reporter zunächst kaum Gebrauch von ihren im Studium erworbenen Fachkenntnissen machen können. Eine Statistik des Presserates verzeichnet über 40 Journalistenorganisationen, von denen lediglich zwei als seriös eingeschätzt werden.

Bislang gibt es keinen einheitlichen Ethik-Kodex, auf den sich alle Medienvertreter einigen können. Als positiv gilt, dass inzwischen mehr und mehr von einer Beschwerde vor dem Presserat Gebrauch gemacht wird, wenn Journalisten Verleumdung oder Verletzung der Sorgfaltspflicht vorgeworfen wird. Der Presserat kann als Institution der Selbstkontrolle keine rechtsgültigen Sanktionen verhängen, sondern lediglich Empfehlungen aussprechen. Kritikern der "allzu freien Presse" geht das nicht weit genug. So wurde im Parlament darüber diskutiert (XI), ob der Presserat nicht auch Exekutivfunktionen übernehmen und Sanktionen verhängen sollte. Damit wäre der Weg zur früheren Kontrollfunktion *a la* Informationsministerium nicht mehr weit. Von der häufig praktizierten Selbstjustiz der ersten Post-Suharto-Jahre, in denen es üblich war, dass (teilweise bestellte und bezahlte) Mobs Redaktionen stürmen und Journalisten physisch attackieren, scheint sich eine Verschiebung der Kämpfe in die Gerichtssäle anzudeuten.



Dem an sich recht liberalen Presserecht ist angesichts der weitestgehend korrupten Justiz und der Bevorzugung veralteter Gesetze dennoch nicht gedient. Auf dem Weg zu einer freien Presse als Dienerin der Öffentlichkeit scheint das größte Hindernis gerade in dieser Öffentlichkeit selbst zu liegen. Die meisten Indonesier sehen in der Presse ein Business und keinen integralen Bestandteil der Demokratie, sagt Ex-Presserats-Vorsitzender Atmakusumah Astraatmadja (XII).

### *Freedom of Information Act*

Seit mehreren Jahren bemüht sich eine Koalition von NGOs um die Verabschiedung eines Gesetzes zum freien Zugang zu Informationen. Die Prüfung eines im März 2002 diesbezüglich eingereichten Gesetzesvorschlages wurde im Juli 2004 abgeschlossen. Eine Verabschiedung fand wegen der im Wahljahr quasi paralysierten Legislative bislang nicht statt.

Kritiker bemängeln, dass die nun stattfindenden Verhandlungen zwischen Regierung und Parlament nicht öffentlich stattfinden (XIII). Auch steht zu befürchten, dass das ebenfalls derzeit verhandelte Geheimdienst-Gesetz nicht zu mehr, sondern weniger Transparenz führt. Es sieht unter anderem die Möglichkeit von Verhaftungen durch den Geheimdienst ohne polizeiliche Untersuchungen vor. Menschenrechtsorganisationen kritisieren, dass die Öffentlichkeit in den Verabschiedungsprozess nicht involviert war (XIV). Es bleibt abzuwarten, welche Prioritäten der neue Präsident und das neue Parlament dem Recht der Öffentlichkeit, sich selbst eine Meinung zu bilden, einräumen werden.

Anett Keller

### **Anmerkungen**

I Der Index ist im Internet zugänglich unter: <http://www.rsf.org>

II Jakarta Post, 19. 10. 2004

III RSF- Jahresbericht 2004 Indonesien

IV Tempo war 1971 nach dem Vorbild des Time-Magazines gegründet worden und war als eines der kritischsten Medien bereits 1994 von Suharto verboten worden

V zu den Prozessen gegen Medien vgl. auch Keller, Anett: Recht nach Kolonialherrenart, Menschen machen Medien, 3/2004

VI Amnesty international Indonesia: Press freedom under threat October 2003 AI Index: ASA 21/044/2003

VII Hansen, Sven: Urteil im Kolonialstil, taz 17. 9. 2004

VIII Bambang Harymurti im Interview mit Anett Keller am 14.2.2004

IX Die indonesische Treuhandbehörde wurde im Zuge der Asienkrise eingerichtet, um Staatseigentum zu verkaufen und die Rückzahlung der Schulden von Banken und Unternehmen in die indonesische Staatskasse zu überwachen. Wiederholt wurden den Mitarbeitern der Behörde korrupte Praktiken vorgeworfen

X Interview mit dem Informationsminister Sofyan Abdul Djilil, Tempo Magazin 15. 11. 2004

XI Gatra, 6. 9. 2003

XII Jakarta Post, 28. 10. 2004

XIII Gita Widya Laksmi: Because the public has a right to know, Jakarta Post, 5. 10. 2004

XIV Sukma N. Loppies: Indonesia's new secret police, Tempo Magazin, 15. 11. 2004

## Vorankündigung

### Jahrestagung des West-Papua-Netzwerkes vom 18. bis 19. Februar 2005 in Berlin

Ort: Jugendgästehaus-Lehrter-Strasse,  
Lehrter Straße 68,  
10557 Berlin

Kosten: EUR 40 (Tagung, Empfang, Mittagessen)  
plus Übernachtung und Frühstück im Gästehaus  
(Preise: Doppel EUR 58 / Nacht / Zimmer; 4-Bett EUR 94 / Nacht / Zimmer;  
für Personen unter 27 Jahren: EUR 50 und EUR 80 / Nacht / Zimmer)

Unterbringung bei Freunden von Watch Indonesia! ist nur begrenzt möglich.

Anmeldungen bei der Koordinationsstelle

- für Übernachtung im Gästehaus bis 20. Dezember 2004
- für Anmeldung zur Jahrestagung bis Ende Januar 2005

## Programm

### Freitag, den 18. Februar 2005

Ab 17 Uhr Anreise  
18.00 Festlicher Empfang  
19.00 Podiumsdiskussion zum Thema „West-Papua nach hundert Tagen  
Susilo Bambang Yudhoyono“, mit Experten aus Ost und West.

### Samstag, den 19. Februar 2005

Thema des Tages: Die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte der Papua

8.15 Grundsatzreferat zu den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten  
indigener Völker (Dr. Theodor Rathgeber).  
9.30 Pause  
10.00 Papuas in Indonesien: Bürger, Opfer, Separatisten (Referent aus West-  
Papua).  
11.30 Kurzvortrag über den illegalen Holzeinschlag (Marianne Klute).  
12.15 Kurzvortrag über das BP-Tanggung-Projekt (Hartmut Poth)  
13.00 Mittagessen  
14.00 Die Lage der Jugend in West-Papua (Hermien Rumbrar)  
15.00 Arbeitsgruppe 1: ÖKOSOK West-Papua  
Arbeitsgruppe 2: Vorschläge zur Netzwerkstrategie  
15.45 Berichte Beirat, Koordinator, Finanzen und Gespräch über das Netzwerk  
ca. 17.00 Abschluss der Jahrestagung